

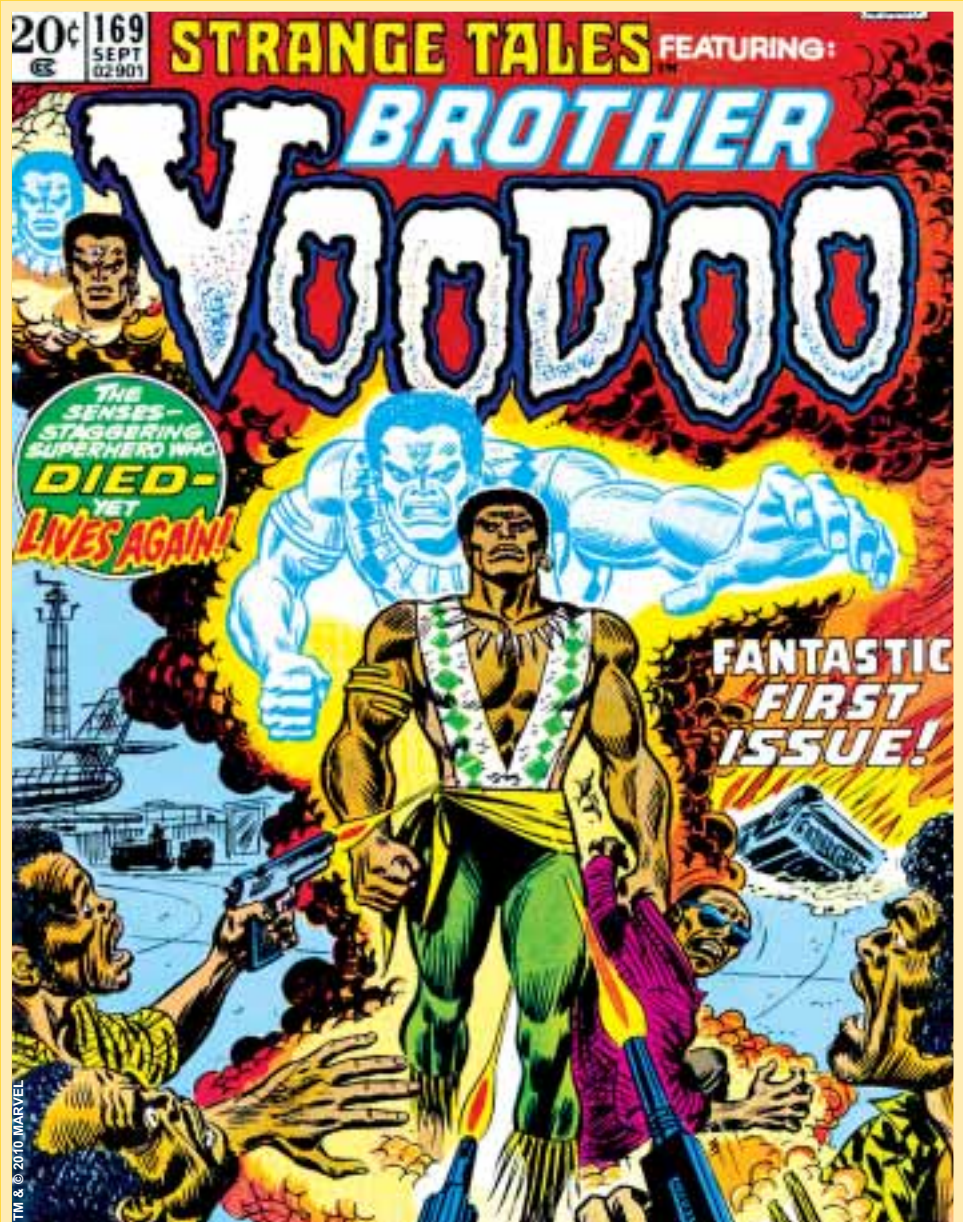


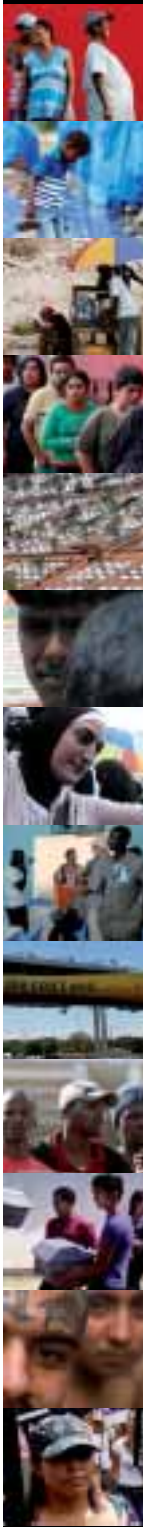
rundschreiben

01 | 10

medico international

www.medico.de





Inhalt

- 03 Editorial
- 04 Kommentar | Von bösen Schulden und globaler Verantwortung
- 07 Haiti | Weltmeister im Überleben
- 13 Yanick Lahens | Haiti muss neu gedacht werden
- 16 Chile | Militär statt Hilfe
- 18 Sri Lanka | Ein verlorenes Land
- 22 Projekte – Projektionen | Bangladesch, Westsahara, Netzwerk
- 24 Libanon | Alternative Gesundheitsarbeit im Paris des Ostens
- 27 Mali | Ein Gasthaus in Bamako
- 30 Südafrika | Im Vorfeld des großen Spiels
- 35 Tshepo Madlingozi | Klage gegen Daimler
- 36 medico aktiv
- 40 Dokumentation | Wie politisch ist soziale Gewalt?
- 43 El Salvador | Maja Hess zur Geschichte und Gegenwart der Gewalt
- 48 medico Materialliste
- 50 Service / Impressum

Titelbild:
Der Wiedergänger des Verdrängten: Fragmente des Realen mischen sich mit denen der Illusion, und neue Fiktionen gehen daraus hervor. Der erste Auftritt des haitianischen Superhelden „Brother Voodoo“ der 1970er Jahre in dem Comic-Heft Strange Tales #169, September 1973, Zeichnung von John Romita Sr., TM & © 2010 MARVEL.

Liebe Leserinnen und Leser,

„Haiti – tu dolor es mi dolor“, Haiti – dein Schmerz ist mein Schmerz, das steht auf einem T-Shirt, das uns unsere dominikanischen Kollegen schenkten, deren haitianisch-dominikanische Kulturarbeit wir unterstützen. Es liegt eine tiefe Wahrheit in diesem Satz, auch wenn er - leicht dahin gesagt - geradezu kitschig klingt. Aber in den Wochen nach dem Erdbeben mit seinen katastrophalen Folgen haben wir ein wenig davon selbst gespürt. Denn die genauere Beschäftigung mit den Ursachen dieser unermesslichen Tragödie hinterlässt Schmerz über die unerträglich hohe Zahl der Opfer, deren Tod mit ein wenig Schutz vermeidbar gewesen wäre. Man wünscht sich, die Welt möge an diesem Ereignis mehr leiden. Haiti liegt auf der Insel Hispaniola. Die wiederum ist ein Mikrokosmos dieser Welt. Einen Teil davon haben wir bei unserem Charterflug in die Dominikanische Republik, den anderen Teil von Hispaniola, kennengelernt: deutsche Touristen. 400.000 fahren jährlich in die streng abgeschirmten Touristenressorts der „Domrep“. Die Ferienparadiese sind in der Hand großer europäischer und nordamerikanischer Tourismus-Unternehmen, die einen Großteil ihrer Gewinne außer Landes transferieren. Aber ein bisschen wirft der Tourismus auch für die Einheimischen ab. Es reicht wenigstens für einen großen Unterschied zum gewöhnlichen Elend von Haiti. In der „Domrep“ herrscht ungebrochene Bautätigkeit. Die globale Mittelschicht hat noch Ressort-Bedarf. Die Baufirmen stammen zu meist aus Brasilien. Nur die Bauarbeiter kommen aus Haiti. Seit Jahren schon. Man fühlt sich erinnert an das Gedicht von Brecht: „Wer baute das siebentorige Theben. In den Geschichtsbüchern stehen die Namen von Königen. Haben die Felsbrocken die Könige herbeigeschleppt?“ Das „Domrep“-Glück ruht auf den starken Schultern der Schutzlosesten. Das ist eine bittere Erkenntnis. Die Situation in Haiti und die Möglichkeiten der medico-Arbeit sind ein großes Thema dieses Heftes. Das Erdbeben in Chile und seine Folgen sind ein interessanter Vergleich. Auch darauf gehen wir in diesem Heft ein. Bei allen Unterschieden haben beide Ereignisse eines gemeinsam: noch vor der Hilfe kam das Militär. Die totale Kontrolle und Erniedrigung erleben allerdings derzeit die Familien in Sri Lanka. Was geschieht, wenn die Welt wegschaut, kann man in der Reportage von Thomas Seibert aus den ehemals umkämpften Gebieten im Norden der Insel lesen. Weitere Themen dieses Heftes sind unter anderem die ambivalenten Auswirkungen der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika, eine vorwärtsweisende Initiative von Schwulen und Lesben in Beirut und eine Analyse der Gewalt in Mittelamerika am Beispiel der „Maras“.

Seit 2004 sind die Rundschreiben von Reinhard Arendt aufs Genaueste Korrektur gelesen worden. Seine Arbeit war ein Zeichen wider den Effektivitätswahn, auf dessen Altar auch Rechtschreibung und korrekte Sprache geopfert werden. Das hat Reinhard zu verhindern gewusst. Am 8. Februar ist er ganz plötzlich gestorben. Für uns alle unfassbar und ein schmerzlicher Verlust. In seinem Sinne versuchen wir, unsere Arbeit fortzusetzen.

Ihre



Von bösen Schulden und globaler Verantwortung

Das Beispiel Haiti zeigt, wie das System der Auslandsschulden die Menschen schutzlos einer Katastrophe ausliefert.

Von Thomas Gebauer

Mitunter sind es die extremen Momente, in denen der prekäre Verlauf der Geschichte deutlich wird. Das gilt für die Bankenkrise, die das zerstörerische Potential des Neoliberalismus unübersehbar machte, und das gilt auch für das Erdbeben von Haiti, bei dem 250.000 Menschen den Tod fanden und 1,5 Millionen obdachlos wurden. Spätestens seitdem verbietet sich, von globaler Verantwortung zu sprechen, ohne zugleich mit den Verantwortlichen ins Gericht zu gehen.

Denn Katastrophen, auch die, die von Naturgewalten ausgelöst werden, haben immer auch einen „man-made“-Anteil. Nicht in Überschwemmungen als solchen, nicht allein in Erdbeben oder Taifunen liegt die Gefahr, sondern im Zusammenwirken solcher Ereignisse mit der jeweils besonderen „Vulnerabilität“ von Menschen.

„Vulnerabilität“ (lat: Verletzbarkeit) meint ein komplexes Geschehen. Sie ist dort besonders groß, wo Menschen unter unsicheren Umständen zu leben gezwungen sind, wo Frühwarnsysteme fehlen und es auch keine öffentlichen Institutionen gibt, die im Augenblick besonderer Herausforderungen verlässlich Hilfe leisten könnten. Umgekehrt sind Menschen selbst in größter Not weniger „vulnerabel“, wenn sie auf staatliche Beihilfen, öffentliche Solidarsysteme oder Versicherungsleistungen zurückgreifen können, die für einen – zumindest materiellen – Ausgleich erlittener Schäden sorgen. Das Erdbeben in Haiti traf eine Gesellschaft, die wie kaum eine andere „vulnerabel“ gewesen ist. Das Fehlen einer leistungsfähigen Infrastruktur sorgt dafür, dass schon leichte Tropenstürme zum Desaster werden können – und Erdbeben zur Katastrophe.

Haiti gilt als das Armenhaus der westlichen Hemisphäre, als gottverlassener Ort, ohne jede Perspektive, der vergessene Teil einer ansonsten von Touristen hoch geschätzten Karibikinsel. Glaubt man den Ankündigungen der G8-Finanzminister, wird sich das bald ändern. Die Katastrophe eröffne auch die Chance auf Veränderung, hieß es. Man denke darüber nach, Haiti die Auslandsschulden zu erlassen. Ein Akt der Unterstützung in großer Not? Nein, ein Akt, der bei näherer Betrachtung auf einen 200 Jahre währenden Skandal verweist!

Fraglos zählt die Auslandsverschuldung zu den größten Problemen Haitis. Auf empörende Weise reicht sie zurück bis in die Zeit der haitianischen Unabhängigkeit 1804. Wer je die Existenz von sog. „odious debts“ (verabscheuungswürdige Schul-



Foto: Reuters

den) bezweifelt hat, wird hier eines Besseren belehrt. Unter militärischem Druck setzte die Kolonialmacht Frankreich 1825 durch, dass Haiti für seine Unabhängigkeit 90 Mio. Goldfranken (heute etwa 17 Mrd. Euro), das Zehnfache der damaligen Staatseinnahmen, als Entschädigung bezahlen musste. Damit sollten die Verluste ausgeglichen werden, die den französischen Plantagenbesitzern entstanden waren, weil sie fortan keine Sklaven mehr ausbeuten durften.

Um den aufgezwungenen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, musste Haiti schon während des 19. Jahrhunderts umfangreiche Kredite aufnehmen und zugleich alles, was sich irgendwie zu Geld machen ließ, exportieren. Damals beschleunigte sich der Raubbau an den natürlichen Ressourcen des Landes, der schließlich zum Zusammenbruch des ökologischen Gleichgewichts führte. Unerbittlich trieb Frankreich noch 1947 – 122 Jahre später – die letzte Rate ein. Als dagegen Haiti um Rückgabe einer vergleichsweise bescheidenen Summe von 4,6 Mio. Dollar nachsuchte, die auf einem Schweizer Konto des 1986 gestürzten haitianischen Diktators Jean-Claude Duvalier,

genannt „Baby Doc“, aufgefunden wurde, blieb das Anliegen erfolglos. Anfang Februar 2010 entschied das Oberste Schweizer Bundesgericht, dass die Verbrechen, die dem Diktator zur Last gelegt werden, verjährt seien – und eine Rückgabe deshalb nicht mehr möglich. Folter und Mord, verübt an Armen und Ohnmächtigen, verjähren rasch;

wenn sich Menschen aber aus Sklaverei und Unterdrückung befreien, dann wird ihnen das von den Mächtigen dieser Welt nicht eigentlich je verziehen.

Auf über eine Mrd. Dollar belaufen sich die Auslandsschulden von Haiti heute. Der überwiegende Teil davon stammt aus den Jahren der Schreckensherrschaft der Duvaliers, die das Land in enger Kooperation mit internationalen Finanzgebern von 1957 - 1986 regierten. Allein „Baby Doc“ soll mehr als 500 Mio. Dollar ins Ausland geschafft haben. Während seiner Herrschaft flossen immer weniger Mittel in Straßen, Bildung oder die Verbesserung der Energieversorgung, umso mehr auf Schweizer Nummernkonten und in den Schuldendienst. Haiti geriet unter das strangulierende Diktat des IWF, der tatkräftig mithalf, den öffentlichen Sektor bis zur Unkenntlichkeit auszuhöhlen.

Zuletzt stand Haiti unter einer de-facto-Verwaltung der UN, die keineswegs nur für Sicherheit, sondern auch für strategische politische Entscheidung sorgte. So hat sie beispielweise mit EU-Mitteln den Bau einer Straße von der angrenzenden Dominikanischen Republik nach Haiti vorangetrieben, um die Vermarktung von US-Agrarüberschüssen zu erleichtern. Was Haiti von der EU wollte, war die Unterstützung beim Aufbau der ländlichen Infrastruktur; was es bekam, entpuppte sich als Todesstoss für die eigene Landwirtschaft.

Lange bevor Port-au-Prince in den Trümmern des Erdbebens versank, war für die afroamerikanische Bevölkerung der Stadt der Ausnahmezustand zum Normalfall geworden. Seitdem die ehemaligen Sklaven das Joch kolonialer Auspressung abgeworfen hatten und die Ideen von Humanismus und Aufklärung auch für sich beanspruchten, ist ihnen von Europa (und später den USA) nichts als strafende Missachtung und Bevormundung zuteilgeworden. Zuletzt blieb vielen Haitianerinnen und Haitianern nur noch das buchstäbliche Nichts – und darin die Chance, sich zu Meistern des eigenen Überlebens zu entwickeln.

Es sind weder Apathie noch Chaos und auch nicht Gewalt, die heute in Haiti herrschen, sondern ein umso größeres Misstrauen gegenüber allem, was von außen kommt. Das spüren auch die ausländischen Helfer, sofern sie sich auf die Umstände, die vor Ort herrschen, einlassen und Haiti nicht nur als ein weiteres Einsatzgebiet betrachten. Wer dagegen im Beisein von CNN-Kameras aus Hubschraubern Nahrungsmittel abwirft, muss sich nicht wundern, wenn solche „Hilfe“ in einer Schlägerei endet. Dass Menschen, die Hunger haben, zugreifen, ist nur zu verständlich. Zu denken aber sollte es geben, wenn Mundraub – im Nachkriegsdeutschland mit erzbischöflichen Weihen „Fringsen“ genannt – zur „Plünderung“ erklärt wird, wenn Haitianerinnen und Haitianer beteiligt sind!

Es sind solche Bilder, die schließlich die Präsenz von US-Truppen legitimieren. Und es ist das alte Stereotyp des unzivilisierten Wilden, mit dem der „Council on Foreign Relations“, ein Washingtoner Think Tank, bereits im Januar seine Forderung lanciert hat, „Haiti unter eine internationale Zwangsverwaltung zu stellen“. So dringend Haiti auf Hilfe von außen heute angewiesen ist, so sehr ist darauf zu achten, dass Hilfe nicht der weiteren Re-Kolonisierung des Landes den Weg bereitet, die aus dem großen Akt der Befreiung von 1804 endgültig eine historische Episode macht. ■



haiti

Weltmeister im Überleben

Nach dem Erdbeben hoffen viele Haitianer auf einen Neuanfang. Die Ressourcen dafür sind prekär und der bevormundende Paternalismus der Geberländer ein großes Hindernis.

Von Katja Maurer

Auf den ersten Blick sieht man den Schrecken nicht mehr. Wer durch Port-au-Prince geht, erfährt die Überlebensfähigkeit der Haitianer. Schuttberge allenthalben, dazwischen Zeltstädte im saftigen UN-Blau, Frauen waschen Wäsche, kochen, Kinder spielen. Überall vor den Trümmern sitzen Menschen mit ein paar Lebensmitteln die

sie verkaufen. Das Leben entfaltet sich in aller Öffentlichkeit und wächst über die Zerstörung wie die Bougainvillen, die mit ihren roten, orangen und lila Blüten so tröstlich über zerstörte Mauern ranken. Die Tropen haben eine ungeheure Kraft, das Geschehene zu überwuchern. Die Normalität hat von Port-au-Prince Besitz ergriffen. Das Herz der Stadt besteht aus



Fotos: Reuters



einem zerfallenen Präsidentenpalast, der immer noch mit allen militärischen Ehren bewacht wird, und einer Zeltstadt von Obdachlosen direkt gegenüber. Port-au-Prince, das spürt man auch jetzt, war nie eine Stadt, die ihre Armut verheimlicht hat. Nun aber prangt sie mit Vitalität und Langmut an zentralen Plätzen der Stadt. Ein seltsames Gleichgewicht, das haltbarer ist, als es der Ruf nach Militär und harter Hand glauben machen. Wer mit dem Klischee anreist, hier wimmele es vor unüberschaubaren (im Zweifel schwarzen) Gefahren, der ist überrascht von der Friedfertigkeit dieser Menschen inmitten der Katastrophe, der Rücksichtnahme der Autofahrer bei der Bewältigung der Staus und unbefestigten Straßen, die Zurückhaltung der militärischen Präsenz. Vor wenigen Monaten noch habe ich in Mexiko und Guatemala mehr tägliche Gewalt erlebt als hier in Haiti. Und wenn ich unseren haitianischen Gesprächspartnern von der Gewalt gegen Frauen, von der allgegenwärtigen Anwesenheit bis an die Zähne bewaffneter Wachleute in Mittelamerika berichte, dann schauen sie mich erstaunt an. Als hätten sie selbst schon verinnerlicht, dass Haiti vor allen Dingen das Klischee der Gewalt verkörpert.

Die Schriftstellerin Yanick La-

hens lebt in einem schönen Haus, hoch über der Stadt. Es hat das Beben überstanden, doch auch in ihrer näheren Umgebung wurden überall Zeltstädte errichtet. Aber schon zuvor lebten Arm und Reich in dieser Stadt nebeneinander. „Die Haitianer sind“, so Yanick Lahens, „Weltmeister im Überleben“. „Das ist ein Beweis unserer Stärke. Aber wir müssen endlich auch lernen, Meister im guten Leben zu werden.“ Ähnlich äußert sich auch Senator Maxime Roumer, ein großer stattlicher Mann, Anfang 60, der für die äußerste westliche Provinz Jeremy im Senat sitzt und der Regierungspartei angehört: „Da seht ihr, dass die Haitianer eine große Fähigkeit besitzen, ohne Regierung zurechtzukommen“, dröhnt er laut und überreicht uns eine gute Flasche haitianischen Rum – als Willkommensgeschenk und als Abschiedstrunk auf das, was Haiti nun nicht mehr ist.

Aus der Geschichte gefallen

In diesen wenigen Tagen Ende Februar in Haiti versuchen wir, ein kleines medico-Team, uns ein Bild zu verschaffen und ein

Bild oben: Zeltbau in Cite Soleil, Port-Au-Prince. Bild rechts: Die Ohnmacht und die Obdachlosen. Haitianer fordern Hilfe vor dem eingestürzten Präsidentenpalast.



Netzwerk zu entfalten. Von unseren klugen und aufgeschlossenen Gesprächspartnern hören wir immer dieselbe Einschätzung: Der Staat ist nur noch ein Kadaver. Alle Symbole des Staates sind mit diesem Erdbeben zerstört worden: Der Präsidentenpalast, die Kirche, der Sitz der UN-Truppe MINUSTAH. In den Gesprächen mit der Schriftstellerin, dem Politiker oder der Aktivistin fallen fast immer die gleichen Worte: Haiti stehe am Kreuzweg. Sonia Pierre, eine haitianisch-dominikanische Berühmtheit, die als junge Frau einen Streik der haitianischen Zuckerrohrarbeiter in der Dominikanischen Republik anführte und heute die haitianischen Plantagenarbeiter organisiert, macht es plastisch vor: „Entweder endet Haiti ‚so‘“, und sie fährt mit der rechten Hand, einer Guillotine gleich, am

Hals entlang, „oder es gelingt, aus dieser Katastrophe Grundzüge einer neuen haitianischen Übereinkunft zu entwickeln, die soziale Sicherheit und Teilhabe für die Haitianerinnen und Haitianer gewährleistet“. Haiti bewege sich, wie bei der Befreiung 1804, mal wieder außerhalb der Geschichte, sagt Maxime Roumer. Damals habe Haiti die Geschichte der Entkolonialisierung vorweg genommen. Welche Entwicklung aber nimmt Haiti heute vorweg?

Die Katastrophe gegenwärtig

Wenn man in Haiti über Grundzüge des Wiederaufbaus spricht, kommt unvermittelt die Katastrophe und ihre Vorgeschichte ins Spiel. So im Gespräch mit Joachim Wiesner, einem ehemaligen



Foto: Reuters

deutschen Entwicklungshelfer, der mit seiner haitianischen Frau ein Waisenhaus und eine Schule in Cap Haitienne unterhält. Nur 20 Prozent der Schulen unterhalte in Haiti die öffentliche Hand, berichtet er uns. Niemand überprüfe, wie die privaten Schulen arbeiteten, die zu meist mehr ein Geschäftsmodell zur Einkommenssicherung als Ausbildungsinstanz seien. Und so führe das schlechte Niveau dazu, dass viele die staatliche Abschlussprüfung nach sechs Jahren Primarschule nicht bewältigten. Haiti, vertritt Wiesner, bräuchte dringend ein öffentliches Bildungssystem. Im letzten Jahr habe sich an den öffentlichen Schulen manches gebessert. Doch dann erinnert er sich plötzlich, dass dieser Hoffnungsschimmer am 12. Januar ver-

glühte. Bei einer landesweiten Versammlung von Grundschuldirektoren in Port-au-Prince sind fast alle ums Leben gekommen – das Wissen einer Lehrergeneration von der Erde getilgt.

In einem Stadtteil von Port-au-Prince, der sich am Hang in die Höhe hinauf schlängelt und zu den besseren Vierteln der Stadt zählt, sitzt der Deutsche Entwicklungsdienst, der seit vielen Jahren Projekte im Land mit Fachleuten unterstützt. Im Garten sind alle Zeltplätze besetzt. Die Mitarbeiter der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die bis dato nicht mehr in Haiti arbeitete, campen hier. Sie brüten gerade über Plänen zum Aufbau von Nothilfeunterkünften in Leogane.

In diese Atmosphäre der zu-

kunftsorientierten Handlungsfähigkeit, die die Männer ausstrahlen, mischt sich die tiefe Verstörung und Trauer einer Entwicklungshelferin, die schon lange in Haiti arbeitet. Sie berichtet von der schicksalsschweren Minute des Erdbebens, die einfach nicht vorüber gehen wollte. Wenige Meter von der Terrasse des Hauses entfernt, starb eine Kollegin unter dramatischen Umständen. Schwer verletzt durch eine einstürzende Mauer im Garten, war es nicht möglich, sie rechtzeitig in ein Krankenhaus zu bringen. Verbindungswege waren zerstört, nichts funktionierte mehr. Und während uns die Kollegin diese Ereignisse in nur wenigen Worten andeutet, zieht das Ungeheuerliche als Alptraum an uns Zuhörern vorbei. Wir gehen in Gedanken gemeinsam mit ihr zwei Stunden zu Fuß durch die Trümmer, hören die Rufe der Verschütteten, vermeiden die Bilder von Toten und fühlen mit ihr stundenlange Angst, ob der Partner noch am Leben ist. Diese Hölle haben Hunderttausende durchlebt. Nach meiner Rückkehr schaue ich mir in Frankfurt gemeinsam mit einem deutsch-haitianischen Arzt Fotos aus diesen Stunden an. Mütter, die ihre toten Babys an die Brust pressen, fassungslose Menschen vor Gruben, in denen Leichen liegen, manche nackt. Leblose Gliedmaßen, die aus Trümmern hervorschauen. An einem Arm eine Uhr mit einem großen runden Ziffernblatt – die Zahlen sind noch gut lesbar – und einem klassischen, vergoldeten Gliederband.

Will man ernsthaft über einen Neuanfang in Haiti reden, dann muss man über die Ursachen des Geschehenen sprechen. Und wenn es noch eines Beweises der Natur selbst bedurfte hätte, so hat sie ihn mit dem ungleich schwereren Erdbeben in Chile geliefert,

das 500 Menschenleben forderte – im Gegensatz zu 250.000 auf der Karibikinsel. Das Massensterben von Haiti war nicht gottgegeben. Es hat eine höchst verwundbare Gesellschaft getroffen, die über keinerlei Mittel zum Schutz der Menschen mehr verfügte.

Ein unsichtbares Land

„Haiti ist wieder ein unsichtbares Land geworden, bis zum nächsten Blutbad“, schreibt der uruguayische Autor Eduardo Galeano. „Während es zu Beginn dieses Jahres auf den Bildschirmen und auf den Zeitungsseiten war, berichteten die Medien nur von Durcheinander und Gewalt und bestätigten, dass die Haitianer geboren seien, um das Schlechte gut und das Gute schlecht zu tun.“

Galeano spielt auf eine gängige Erzählung über die Ursachen der immerwährenden haitianischen Krise an. Sie beginnt mit der Revolution der Sklaven in Haiti und endet mit der Verteufelung des zwei Mal zum Präsidenten gewählten Salesianer-Paters Aristide sowie dessen zum Scheitern verurteilten Versuchen mehr Teilhabe zu schaffen. Sie wurden jedes Mal mit einem Putsch beendet. In dieser Erzählung sind die Haitianer, bzw. ihre jeweiligen Regenten, an sich selbst, Machtgier, Korruption und innerer Gewalt gescheitert. Die Ungenauigkeit dieser Erzählung funktioniert deshalb gut, weil sie Fakten mit Klischees und Vorurteilen so mischt, dass der historische Blick, den wir der weißen Geschichte zugestehen, für die Entwicklung einer schwarzen Selbstbehauptung nicht gilt. Salopp formuliert: Sie hatten ein paar Versuche, die wussten sie nicht zu nutzen, nun sind sie selber schuld. Wenn Entwicklung auch bedeutet zu lernen, zu reflektieren, Rück-

schläge zu verdauen, neu anzufangen, zwei Schritt vor und einen zurückzugehen und manchmal umgekehrt – dann gesteht die weiß dominierte Welt den Haitianern eine solche Entwicklung nicht zu. In Gesprächen in Haiti und über Haiti wird dies besonders in der Argumentationsfigur der Korruption und der Handlungssohnmacht deutlich. Der haitianische Präsident Préval erhält immer wieder die Zuschreibungen „korrupt“ und „untätig“. Zweifellos, diese Regierung gibt ein ohnmächtiges Bild ab. Nur spart diese Erzählung immerzu aus, dass Haiti in den letzten 20 Jahren einen einzigen Niedergang auf dem Rezeptpapier von Internationalem Währungsfonds, Weltbank und diverser US-amerikanischer Regierungen von Bill Clinton bis George Bush erlebt hat. Sie alle haben ihre Zuwendung immer mit dem selben Mantra verknüpft: Privatisieren. Préval hat diese Auflagen gegen den Widerstand seiner eigenen Anhänger umgesetzt.

Das verwundete Gedächtnis

Auch ohne Erdbeben sind die Zahlen, die über dieses erniedrigte Haiti Auskunft geben, unerträglich. 70 Prozent Analphabeten, 80 Prozent Arme, eine durchschnittliche Lebenserwartung von 55 Jahren. Wer kann, verlässt dieses Land, auch wenn es mit seinem Mythos von Freiheit und Selbstbehauptung die große haitianische Diaspora in aller Welt bindet. Allein im vergangenen Jahr, so berichtet uns Maxime Roumer, haben 40.000 gut ausgebildete Haitianerinnen und Haitianer die Insel Richtung Norden verlassen. Ein Gutteil ist in den Gesundheitssystemen des reichen Nordens beschäftigt.

In Haiti dagegen gibt es nicht einmal einen Katastrophenschutz. Und

das in einem Land, das auch ohne Erdbeben jährlich Wirbelstürmen und anderen Naturereignissen ausgesetzt ist. Staatlichkeit im Sinne eines Gemeinwesens, das seine Bürger schützt und sichert, ist systematisch auch von außen verhindert worden. Den Nöten der Haitianer hat man das Welternährungsprogramm und ausländische NGOs entgegen gestellt. So ist Haiti übersät mit wohlmeinenden Projekten der Einzelfallhilfe: Schulen, Waisenhäusern, Krankenstationen, die einzelne Not lindern, aber keinen Weg aus der strukturellen Krise weisen können.

In der Erzählung, die nicht nur das Versagen linker Veränderungsbestrebungen und das Ausplündern durch die einheimischen Eliten zum Thema macht, muss auch diese protektoratsähnliche Verwaltung und Entmündigung Haitis durch Geberkonferenzen, Weltbank, Internationalen Währungsfonds und privater Hilfe statt Sozialstaat vorkommen. Dann aber liegen die Schutzlosigkeit, mit der die Haitianer dem Erdbeben ausgesetzt waren, und 250.000 Tote auch in der Verantwortung derer, die seit 20 Jahren die Geschicke Haitis maßgeblich von außen lenken.

„Ich bewohne eine heilige Wunde. Ich bewohne ein langes Schweigen, ich bewohne einen dreihundertjährigen Krieg, ich bewohne einen unstillbaren Durst.“ Die Zeilen des Dichters Aimé Césaire aus Martinique beschreiben auch diese haitianische Geschichte. In seinem Buch „Der Hass auf den Westen“ verwendet Jean Ziegler unter Rückgriff auf die Worte Césaires den Begriff „verwundetes Gedächtnis“. Ziegler spielt auf die Jahrhunderte erlittenen Unrechts und Ausbeutung an, wie sie auch Haiti erlebte und wie sie in dieser unbeschreiblichen

Katastrophe kulminieren. Eines Tages, prophezeit Ziegler, werde dieses verwundete Gedächtnis Bewusstsein über das erlittene Unrecht erlangen und sich zu Wort melden. Das Erdbeben vom 12. Januar 2010 hat diesem Gedächtnis eine weitere tiefe Wunde hinzugefügt.

medico-Unterstützung in Haiti

medico hatte vor dem Erdbeben keine Partner in Haiti. Allerdings haben sich aus unserem Partnernetzwerk des People's Health Movements sehr schnell die domi-

nikanischen Kollegen von COSALUP mit der Bitte an uns gewandt, für ihre sozialmedizinischen Nothilfe-Maßnahmen in Leogane, unmittelbar am Epizentrum des Erdbebens, Mittel zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Anfang haben sich diverse von Nothilfe-Projekte ergeben (siehe Kasten Seite 15).

Wie aber kann medico darüber hinaus mit lokalen Partnern eine Arbeit entfalten, die exemplarisch über die Linderung der schlimmsten Not hinausweist? Wir haben begonnen, mit haitianischen Kollegen über solche Projekte zu

Ein Vakuum

Haiti muss neu gedacht werden

medico: Haiti ist kollabiert. Welche Hilfe braucht das Land jetzt?

Yanick Lahens: Die existentiellen Grundbedürfnisse müssen mit Hilfe von Außen gesichert werden: Essen, Wasser, Gesundheit. Wenn man allerdings nicht die richtige Herangehensweise wählt, kann man daran bereits scheitern. Alle anderen Dimensionen des Wiederaufbaus müssen von Haitianern entwickelt werden. Wir brauchen eine Übereinkunft aller sozialen Gruppen Haitis darüber, worin unser gemeinsamer Konsens zur Bildung einer modernen haitianischen Nation besteht.

Wie debattiert man über die zukünftige Gestalt Haitis?

Jeder sagt dasselbe: Wir dürfen nicht wieder aufbauen, sondern wir müssen neu bauen.

Wenn die Haitianer diesen Prozess nicht organisieren, werden es andere für sie tun?

Es heißt: die Natur hasse leere Stellen. Das Vakuum wird gefüllt werden. Wie – das habe



Foto: privat

ich heute erlebt. Zum ersten Mal war ich in einem Lager von Erdbebenopfern. Dort gibt es alles: Schulen, ein Komitee der Selbstorganisation, Jugendgruppen, eine Einkaufsstraße, eine Klinik. Aber es gibt auch Klosetts und kostenloses Wasser. Für manche hat sich die Situation sogar verbessert. Denn zuvor mussten sie für das Wasser bezahlen und statt Toiletten gab es Plastiktüten. Wenn man will, dass diese Lager aufgelöst werden, dann muss man den Leuten Besseres bieten als das alte Elend. Sie werden nur bessere Alternativen annehmen. Das ist doch eine gute Entwicklung.

Yanick Lahens ist Schriftstellerin und Literaturwissenschaftlerin. Auf Deutsch ist von ihr erschienen „Tanz der Ahnen“. Das vollständige Interview finden Sie unter: www.medico.de



sprechen. Ein Wiederansiedlungsprojekt in einem der ärmsten Stadtteile von Port-au-Prince, das die Erdbebensicherheit genauso berücksichtigt wie Fragen der Gesundheit, Bildung und Arbeit, könnte ein solches exemplarisches Projekt werden. Unsere ursprüngliche Idee, die positiven Erfahrungen einer in El Salvador von Fachleuten mit Behinderungen selbst geführten Prothesenwerkstatt in Haiti zur Geltung zu bringen, haben sich nicht realisieren lassen, denn ein solches integriertes Projekt lässt sich nicht „aus dem Stand“ und in Konkurrenz mit vielen anderen internationalen Hilfsorganisationen entwickeln, die eine schnelle Versorgung mit Prothesentechnik aus dem Ausland versprechen.

Hinzu kommt, dass die Not noch so groß, die sozialen und politischen Perspektiven des Wiederaufbaus so unklar sind, dass es ohnehin schwierig ist, schon jetzt langfristige Projekte zu entwickeln. Wir hoffen, dass die Spenderinnen und Spender diesen schwierigen Weg mit uns gehen, denn es ist, neben nachhaltigen exemplarischen Projekten, die eine Alternative aufscheinen lassen, auch eine andere Beschäftigung mit dem Phänomen der Ausgrenzung erforderlich. Das Erdbeben war in diesem Sinne ein Epochenbruch. 250.000 Menschen sind an den Strukturen der Ausgrenzung zugrunde gegangen. Verantwortlich für fehlenden Schutz und Katastrophenvorsorge ist nicht nur eine nationale Elite und Oligarchie – hier ist auch ein globales ökonomisches Modell gescheitert. Wenn nun Geberkonferenzen tagen und dieses Modell reproduzieren, vielleicht mit ein bisschen mehr Geld für assistenzialistische Hilfe, damit die Kälte der Ausgrenzung und Aussetzung nicht ganz so fühlbar wird, dann muss eine kritische Öffent-

lichkeit dazu Stellung beziehen. Auch hier ist ein Platz für die Arbeit von medico und es gilt, unser Konzept der kritischen Nothilfe zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Das wunderbare Wirkliche

Vor mehr als 200 Jahren haben sich die Haitianer durch eine radikale Revolution selbst befreit. Der kubanische Schriftsteller Alejo Carpentier bezeichnet dieses Ereignis als das „wunderbare Wirkliche“. Bei den Recherchen für seinen wegweisenden Roman über die haitianische Revolution 1804 besuchte er auch Haiti. Täglich sei er dort mit dem „wunderbaren Wirklichen“ in Kontakt getreten, „wo tausende nach Freiheit lechzende Menschen so stark an die lykanthropischen Kräfte Mackandals (einer der aufständischen Führer gegen die Franzosen, d.Red.) glaubten, dass dieser kollektive Glaube am Tag seiner Hinrichtung ein Wunder bewirkte“. Die Geschichte ganz Amerikas sei nichts anderes als die „Chronik des wunderbaren Wirklichen“, schreibt Carpentier in den Nachbemerkungen zu seinem historisch fundierten Haiti-Roman „Das Reich von dieser Welt“. Nicht zufällig hat dieser große lateinamerikanische Autor Haiti zum Ausgangspunkt dieser Chronik gewählt. ■



Projektstichwort

Regionale Erfahrungen nutzen

Die medico-Partner in Haiti

Auch zwei Monate nach dem Beben ist der Bedarf an Nothilfe ungebrochen. Die Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten steht im Mittelpunkt der Hilfsmaßnahmen, die von vielen geleistet werden. medico hat die ersten eigenen Mittel zur Unterstützung der dominikanischen Kollegen von Cosalup eingesetzt, die seither zur basismedizinischen Grundversorgung in Gemeinden der Stadt Leogane beitragen, die in unmittelbarer Nähe zum Epizentrum des Erdbebens liegen. Zusätzlich unterstützt medico eine kleine haitianische Organisation, die in armen Vierteln von Port-au-Prince Basisgesundheitsdienste angeboten hat und deren Einrichtungen durch das Beben beschädigt worden sind. Sie sichern nun die Versorgung mit Lebensmitteln, die aus nationaler Produktion erstanden werden, für die von ihnen betreuten HIV/Aids-Patienten, ältere Menschen und chronisch Kranke. Desweiteren ermöglichen wir eine Lebensmittelverteilung für mittellose Schulkinder und deren Familien.

Mit den kubanischen Ärztebrigaden, die seit vielen Jahren im Land sind und einen wesentlichen Teil der öffentlichen Gesundheitsstruktur stellen, ist eine umfangreiche Nothilfe-Kooperation verabredet. Zum Zeitpunkt des Bebens waren 331 Ärzte aus Kuba im Land. Bereits einen Tag später wurden die Brigaden verstärkt. Der wichtige Beitrag, den die mittlerweile 1.532 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der kubanischen Brigaden auch in der medizinischen Nothilfe geleistet haben und immer noch leisten, wurde leider in der internationalen Presse kaum gewürdigt. Es handelt sich um eine Kooperation, die es lange vor dem Beben gab und die voraussichtlich auch dann noch Bestand haben wird, wenn viele der Hilfsorganisationen wieder abgezogen sein werden.

Mit der dominikanischen Kulturinitiative Redcul ist die Entwicklung einer haitianisch-dominikanischen Kooperation im Bereich von Kunst und Kultur verabredet, die sowohl psychosoziale Arbeit in den Camps der Erdbebenopfer vorsieht, als auch öffentliche Veranstaltungen, in denen die gemeinsamen künstlerischen und demokratischen Potentiale der Insel zum Thema gemacht werden sollen. Diese Arbeit knüpft an einen ersten haitianisch-dominikanischen Versuch zu Beginn der 1990er Jahre an, eine gemeinsame vergleichende Geschichte der demokratischen und sozialen Bewegungen auf der Insel zu schreiben. Damals wurde dieses Projekt, das auch die Grundlagen für eine neue Verortung demokratischer Bewegungen auf der Insel schaffen wollte, mit dem Sturz des haitianischen Präsidenten Aristide, nach nur siebenmonatiger Amtszeit, abrupt abgebrochen. Das Stichwort für unser Partnernetzwerk lautet: **Haiti**.

Militär statt Hilfe

Das Erdbeben in Chile hat auch ein politisches Nachbeben.

In der Novelle „Das Erdbeben von Chili“ erzählt Kleist exemplarisch von den Möglichkeiten, die ein solcher katastrophaler Einschnitt, im Leben einer Gesellschaft bietet. Option A: Die Klassenschranken fallen, man findet sich zu einer solidarischen Gemeinschaft zusammen und hilft sich gegenseitig. Option B: Man sucht einen Sündenbock und stellt mit dessen Verteufelung die alte Ordnung wieder her. In Kleists Novelle wird erst die solidarische gegenseitige Hilfe praktiziert. Das nimmt ein jähes Ende, weil ein Kirchenvertreter Sündenböcke ausmacht, die Leute aufhetzt und so die alte Ordnung wieder installiert.

Nach einem der schwersten Erdbeben der Geschichte im Februar dieses Jahres ist Chile von diesem kleistischen Paradigma gezeichnet. Eine Welle der Solidarität erfasste das Land, Leute standen beim Blutspenden Schlange, in Charity-Shows wurden Millionen Dollars gesammelt. Doch zugleich rückte die Armee in die betroffenen Gebiete vor. Eine Ausgangssperre von 22 Uhr bis 12 Uhr mittags wurde verhängt. Das Eingreifen des chilenischen Militärs, nachdem erste Plünderungen bekannt wurden, ist für die einen notwendige Schutzmaßnahme und für die anderen eine schreckliche Reminiszenz an Diktatur-Zeiten. Das Militär kam – aber ohne Lebensmittel, Decken, Wasser.

„Terremotos, terremotos – aprovéchemos a matar algunos rotos“ (Erd-

beben, Erdbeben – nutzen wir die Zeit, ein paar Arme umzubringen), so ein Spruch, der unter Chilenen kursiert. Wie bei Kleist die Liebenden, die sich über Klassenschranken hinweg setzten, so ist in Chile heute der Plünderer, der Lumpenproletarier als Feind ausgemacht. Unter dem Beifall der Umstehenden, so berichtet der FAZ-Korrespondent aus der Küstenstadt Talcahuano, wurden des Plünderens Verdächtige vom Militär zu Boden geworfen, gefesselt und mit Militärstiefeln getreten. Es sei zu Schießereien zwischen „Plünderern“ und Militär gekommen, heißt es allenthalben. Und die Erklärungen klingen, als wolle man die genaueren Umstände nie aufklären. Der „Lumpen“ ist unter diesen Bedingungen vogelfrei. Seine Behandlung erinnert an die Standards der Pinochet-Ära. Aber jetzt handelt es sich ja nur um „gemeine Verbrecher“. Es geht in Chile heute nicht mehr um Links oder Rechts sondern um Drinnen (in der Gesellschaft) oder Draußen. Und dieser Konflikt kommt scheinbar ganz unpolitisch daher: als Sicherheitsproblem.

„Die harte Hand für den gemeinen Verbrecher, daran ist man schon gewöhnt“, schreibt Juan Pablo Cardenas, einer der angesehensten chilenischen Journalisten, der sich auf Internet und Radio verlegte, weil sich eine qualitativ gute Zeitung im neoliberalen Post-Pinochet-Chile nicht rechnet. Für die „Plünderer in Schlips und Kragen“ aber, so



Projektstichwort:

Der langjährige medico-Projektpartner CODEPU, der schon unter der Pinochet-Diktatur Rechts-hilfe für die Opfer mit psychotherapeutischer Betreuung verband, unterhält seit vielen Jahren Projekte an der schwer vom Erdbeben verwüsteten chilenischen Südküste. In dem Küstenort Tirúa, wo viele Tote und komplett zerstörte Häuser zu beklagen sind, hatte CODEPU gerade begonnen, ein Oral-History-Projekt zu realisieren. Dort siedeln viele Mapuche-Indianer, die während der Pinochet-Diktatur verfolgt wurden und auch im anhaltenden neoliberalen Wirtschaftsmodell wenig soziale Mitspracherechte haben. Die Geschichte der Mapuche sollte in dem Projekt erzählt werden. Nun aber herrscht akuter Nothilfe-Bedarf. Häuser der armen Bevölkerung müssen wieder aufgebaut werden. Vom Staat ist da nicht viel zu erwarten. CODEPU hat sich bereit erklärt, die Bevölkerung von Tirúa zu unterstützen. medico international hat bereits Mittel für Soforthilfemaßnahmen zur Verfügung gestellt. Weitere Hilfe wird dringend benötigt. Spenden unter dem Stichwort: **Chile**.

setzt Cardenas fort, habe die Regierung nichts als Komplizenschaft übrig. Die Armen und all die anderen, die da nicht nur Lebensmittel raubten, sind die Kehrseite eines Landes, das sich seit dem Pinochet-Putsch 1973 konsequent neoliberalisiert und entstaatlicht hat. Dazu gehört auch, dass Chile das erste Land Lateinamerikas war, das einmal im Jahr einen „Teletón“ organisiert, eine 24-stündige Fernsehgalä zugunsten privater Organisationen zur Armutsbekämpfung. Auch die fand wenige Tage nach dem Erdbeben mit einem Rekordergebnis statt. Der bittere Kommentar eines chilenischen Autors: „Die Hilfe wird heute durch einen Teletón organisiert von Don Francisco (einem chilenischen Komiker), der ‚Stiftung zur Überwindung der Armut‘, ‚Heim Christi‘ und ‚Ein Dach für Chile‘. Erst als 5. Element kommt die Regierung. Selbst die Katastrophenhilfe ist privatisiert?“

Seit dem 11. März regiert nach 20 Jahren Pause wieder die chilenische Rechte. Der neue Präsident, Sebastián Piñera, ein Milliardär und Profiteur des Neoliberalismus, hatte weitere Privatisierungen angekündigt und mehr Jobs im Niedriglohnbereich, die Gewerkschaften hatten ihrerseits Protestaktionen zur Amtsübernahme geplant. Im Zeichen der nationalen Katastrophe liegt alles auf Eis

– auch der Widerstand. Piñera verteilt als erste Amtshandlung Einmalzahlungen an 1,5 Millionen Kinder – je 50 Euro. Ein neues Dach bekommen sie davon nicht. Für die Schäden in Milliardenhöhe soll ein großes nationales Wiederaufbauprogramm aufgelegt werden – mit Hilfe der Privatindustrie, versteht sich. Ein öffentliches Wohnungsbauprogramm wird wohl nicht dazugehören. 500.000 Häuser sind zerstört worden – den Opfern der Katastrophe stehen weiterhin harte Zeiten bevor. ■

Katja Maurer

Ein verlorenes Land

Von einer Reise durch den Norden Sri Lankas im Jahr
Eins nach dem Krieg.

Von Thomas Seibert

Hält man sich nur an Namen und Titel, könnte „Manik Farm“ - offiziell als „Welfare Camp“ bezeichnet - für ein ländliches Entwicklungsprojekt stehen. Tatsächlich ist Manik Farm ein weites, staubiges, stacheldrahtgesichertes Areal ausgebreitet unter wolkenlosem Himmel und sengender Sonne, einer der furchtbarsten Orte der Welt. Tagsüber ist es hier so gut wie nie unter 30 Grad heiß und nachts nur wenig kühler. Fällt doch einmal Regen, verwandelt sich das Gelände im Nu in Matsch, ergießen sich Kot und Urin aus den Sickergruben rund um die wenigen Toiletten zwischen den endlosen Reihen der längst zerfledderten Plastikzelte. Zum Glück – so muss man wohl sagen – wurden mittlerweile zwischen den Wegen Gräben ausgehoben, die das Wasser in stinkende Kanäle entlang der Hauptachsen des Geländes abführen. Dort stehen auch die Masten, die das Flutlicht tragen, das nachts über das Lager strahlt, und die Lautsprecher, über die der Insasse Soundso zur Kommandantur bestellt wird.

Eingerichtet nach dem Ende des srilankischen Bürgerkriegs im März 2009, lebten hier bis zum November 300.000 Vertriebene aus dem früher von der tamilischen Guerilla LTTE kontrollierten Gebiet im Norden Sri Lankas. Heute leben hier noch bis zu 90.000 Männer,

Frauen, Alte, Kinder. Einige von ihnen treffen wir auf dem Rundgang durch die wohl schlimmste „Zone“ des Lagers. Ihre Kleidung ist längst abgetragen, staubig wie alles hier, sie selbst sind bis auf die Knochen abgemagert, gezeichnet von der gnadenlosen Hitze. Nach nun schon einem Jahr. Uns begleiten Kollegen unserer tamilischen Partnerorganisation SEED, die wir seit dem Tsunami 2004 kennen. Damals schon erklärten sie uns, dass man den Tsunami-Überlebenden nur helfen könne, wenn man die Opfer des Krieges nicht vergäße. In den SEED-Siedlungen, die wir dann unterstützten, fanden beide Platz; der Krieg hat später auch sie zerstört. In Manik Farm haben die Kollegen Nothilfe geleistet, anfangs in 12-Stunden-Einsätzen. Heute betreuen sie dort Kinder mit Behinderungen, organisieren psychosozialen Beistand.

Wehe den Besiegten

Kern des Elends bleibt – jenseits der Hitze, des Staubs, der Enge, der Unterversorgung an schlicht Allem, jenseits auch der unmittelbar gewaltsamen Missachtung – das tagtägliche Nichtstun seit einem Jahr, und das Nichtwissen vom eigenen Zuhause, den Zurückgebliebenen, von dem, was „draußen“ geschieht. Die Frauen zeigen uns Fotos ihrer „ver-



schwundenen“ Männer und Söhne, verletzt, gefangen, hoffentlich nicht getötet. Sie fragen uns, warum sie immer nur Reis, Linsen, Mehl, Öl und Salz bekommen, warum die NGOs kein „complementary food“ liefern, Gewürze, Gemüse, Obst, irgendwas, das der Pamppe, die sie essen müssen, wenigstens die Andeutung eines Geschmacks verleihen, sie mit Nährstoffen anreichern würde. Als wir sagen, dies geschehe, um Druck auf die Regierung auszuüben, das Lager so schnell wie möglich aufzulösen, antworten sie wörtlich, dass sie das politisch verstünden und richtig fänden, doch trotzdem auch daran litten. Deutlicher kaum ist auf den Punkt zu bringen, was das Dilemma von Hilfe ausmacht, einerseits unmittelbar der Not abzuhelpfen, andererseits den Bedingungen zu widerstreiten, die solche Not erst hervorbringen.

Ein dreissigjähriger Krieg

Seit Ende der Kolonialherrschaft 1948 wurde Sri Lanka von der singhalesisch-buddhistischen Mehrheitsgesellschaft dominiert, waren die Tamilen des Nordens wie die ebenfalls tamilischen Plantagenarbeiter und -arbeiterinnen des zentralen Hochlands, aber auch Moslems und Christen Bürger und Bürgerinnen zweiter Klasse. Zu ersten größeren Unruhen kam es in den 1950er Jahren, verstärkt nach der Öffnung zum Weltmarkt ab 1977, mit der sich die soziale Situation im ganzen Land erheblich verschlechterte und es auch im singhalesischen Süden zu Aufständen kam. Im bewaffneten tamilischen Widerstand wurden die autoritären *Liberation Tiger of Tamil Eelam* (LTTE) zur stärksten Kraft; im Auf und Ab des Krieges kontrollierten sie zuletzt den größten Teil des Nordens und Ostens. Nach dem beiderseits aufgekündigten Waffenstillstand von 2002 gelang es der Armee durch bis dahin unerhörten Materialeinsatz, die Rebellen vollständig zu besiegen; die LTTE existiert heute nicht mehr. *medico* kam nach den Tsunami 2004 nach Sri Lanka, unterstützte neben Rück- und Wiederansiedlungsprojekten im Norden bald auch Menschenrechts- und Friedensaktivistinnen.



Die Dauer des Nachkriegs

Zum Jahreswechsel wurden in zwei Schüben über 200.000 Insassen Manik Farms entlassen. Genauer: Mit Unterstützung der „International Organisation for Migration“ (IOM) busladungsweise weggekarrt und dort abgeladen, wo sie angegeben hatten, Verwandte zu haben. Zur Menge der derart „Rückgesiedelten“ gehören auch die Entlassenen anderer, zum Teil sehr viel älterer Lager. Zum „Start bei Null“ erhielten alle etwas Geld. Neues Geld, das der srilankische Präsident Rajapakse drucken ließ, um den Triumph über die Tamilen zu feiern: auf der einen Seite singhalesische Soldaten, auf der anderen Seite sein Konterfei.

Von „Rücksiedlung“ ist die Rede, weil in dreißig Kriegsjahren nahezu alle, die im Norden leben, wenigstens einmal vertrieben wurden, wenigstens einmal schon neu anfangen mussten. Was das konkret heißt, sehen wir im Bezirk Manthai-West, einst ein Kernland der LTTE. Die singhalesische Armee hatte die Guerilla, und mit ihr die Zivilbevölkerung dort, Zug um Zug eingekreist und buchstäblich zusammenge-

schossen, trieb die überlebenden Guerillas samt der Zivilistinnen und Zivilisten dann vor sich her bis an die Ostküste, bei Mullaithivu. Dort schloss sie 300.000 Menschen auf einem Streifen von 10 auf 2 Kilometern ein, wobei die Guerilla ihrerseits die Leute gewaltsam an der Flucht hinderte. Die letzte Gruppe der Rebellen starb bei einem aussichtslosen Ausbruchversuch; wer überlebte, kam nach Manik Farm.

Heute sieht man die Brutalität des Krieges daran, dass im tamilischen Kernland nicht ein Haus unbeschädigt blieb, jede Ruine von Einschusslöchern übersät ist. Zwischen den zerstörten Ansiedlungen weidet herrenloses Vieh. Übriggebliebene und „Rücksiedler“ besetzen die Ruinen mit Holz und Plastik aus, brechen dazu aus anderen Ruinen die Tür- und Fensterstürze, die Steckdosen heraus. Die Regierung repariert die Wege und Straßen, die braucht das Militär für den Nachkrieg. Soldaten finden sich überall, wo Leute wieder zu wohnen versuchen. Minen und nichtexplodierte Geschosse werden geräumt, NGOs leisten „Mine Risk Education“, dennoch streifen die Leute durchs nichtgeräumte Gelände,



Foto: medico

zum Feuerholzsammeln, um ihr Vieh zu suchen. „Wir gehen täglich in die Dörfer und die Lager, sprechen mit den Erwachsenen, den Kindern, leisten Aufklärung auch mit Liedern, mit Tafeln, auf denen Bilder zeigen, was zu tun und was zu lassen ist“, sagt uns der tamilische Kollege, mit dem wir durchs Land fahren, „doch nicht alle hören zu, die Not ist groß“.

Am Beginn einer anderen Geschichte

Bis jetzt heißt „Rücksiedlung“: Von einem Lager ins nächste kommen. In ein Dorf zurückkehren, in dessen Ruinen andere leben. Mit 10 anderen Familien auf dem Gartengrundstück eines Verwandten in der Stadt zelten. Für ungezählte Jüngere heißt „Rücksiedlung“, ganz allein zurechtkommen müssen in Vavuniya, Mannar oder Jaffna. Man erzählt uns von Jugendbanden, von der zunehmenden Prostitution junger Frauen. Gänzlich verweigert wird „Rücksiedlung“, wird überhaupt jedes Recht den Tausenden Insassen der sog. „Rehabilitation Camps“, denen vorgehalten wird, aus freien Stücken für die LTTE gekämpft zu haben: Wo und bei wem sollen „Terroristen“ worüber Be-

schwerde führen? Statt dessen beginnt die Regierung mit der Ansiedlung von Singhalesen, zuerst von Soldatenfamilien. Wenn sie dabei von „Rücksiedlung“ spricht, beruft sie sich auf die Zeit um 500 v. Chr., als Einwanderer, die man sehr viel später *Sinhalas* nannte, erstmals den Norden Sri Lankas betraten.

„Es wird zwei Generationen dauern, bis wir hier wieder einen Anfang gefunden haben“, sagt ein Kollege von SEED, „bis dahin geht es ums Überleben – das aber kann man so oder so angehen“. Das So-oder-So hängt auch für SEED an einem Rücksiedlungsprojekt. Der Ort, den die Kolleginnen und Kollegen dafür gefunden haben, heißt Kanagarayankulam. Angefangen haben sie hier schon einmal, dann wurden die Leute vertrieben. Als sie zurückkamen, um wieder zu beginnen, waren die Bäume gefällt, fanden sie manche der Fundamente nicht wieder, auf denen sie einst Häuser errichtet hatten. Wer jetzt aus Manik Farm nach Kanagarayankulam kommt, wird immerhin über den Bau der Hütten und Wege mitbestimmen können, über die Anlage der Felder und Gärten, die Einrichtung der Vorschule, das Prozedere der Selbstverwaltung, den Frauenverband, den Sparverein, die „library society“, die in einer der Hütten eine kleine Bibliothek einrichten wird: über all die Dinge, die zu dem Anfang gehören, der von jetzt an zwei Generationen brauchen wird. ■

Projektstichwort:

Mit Mitteln des BMZ wird medico das SEED-Rücksiedlungsprojekt Kanagarayankulam in den nächsten zwei Jahren mit 500.000€ unterstützen. Für geplante Menschenrechtsprojekte bitten wir dringend um Spenden. Stichwort: **Sri Lanka**.

Nothilfe im Urwald

bangladesch: Beistand für Vertriebene

Die Chittagong Hill Tracts sind eine abgeschiedene Region im Südosten Bangladeschs, die unmittelbar an Indien und Myanmar (Burma) grenzt. Die Hill Tracts umfassen eine Fläche von der Größe Schleswig-Holsteins und sind, im Gegensatz zum sonst ebenen Bangladesch, hügelig und von dichtem Urwald überzogen. In der Vergangenheit kam es dort immer wieder zu Verteilungskämpfen um Land und Ressourcen zwischen Neusiedlern aus anderen Teilen des dichtbevölkerten Landes und indigenen Gruppen, die sich selbst als Jumma, als erste Menschen des Waldes, bezeichnen. Allein in den letzten 5 Jahren zogen mehrere 100.000 bengalische Siedler in die Hill Tracts und sorgten dafür, dass fast 70

Prozent der insgesamt 600.000 Indigenen umgesiedelt und in Folge enteignet wurden

Anfang Januar kam es erneut zu Brandstiftungen, Todesfällen und der Vertreibung von 300 Jumma-Familien aus ihren Dörfern. Unsere Partnerorganisation Gonoshasthaya Kendra (GK) versucht mit Hilfsteams die Opfer zu unterstützen und stellt den Obdachlosen medizinische Hilfe, Nahrungsmittel und Kleidung zur Verfügung. Darüber hinaus bietet der medico-Partner psychosoziale Beratung an, die die Betroffenen mittelfristig auch in die Lage versetzen soll, für ihre Landtitel und ihr Recht auf kulturelle Differenz selbst eintreten zu können. ■

Spendenstichwort: Bangladesch

Besuch in der Wüste

westsahara: Fortschritte im Lageralltag

Es war eine Reise zu vertrauten Partnern in der Sahara, die wir seit Jahrzehnten kennen, genauer: zu den Lagern der saharischen Flüchtlinge im algerischen Sand, wo sich das Virtuelle und Reale mischen, und das seit Generationen schon. Die Flüchtlinge haben eine Republik, haben Minister und genießen diplomatische Anerkennung in mehr als 30 Staaten, aber dies

alles findet außerhalb ihres Territoriums statt, denn die Westsahara, aus der sie fliehen mussten, ist von Marokko annektiert. In den Lagern selbst können die ca. 150.000 Flüchtlinge ohne Hilfe von außen nicht überleben. Und eine Änderung ist kaum in Sicht, denn noch immer gibt Marokko, unterstützt von Frankreich, keinen Quadratzentimeter nach. Und der Rest der EU und die USA haben kein

wirkliches Interesse, nicht einmal an der Möglichkeit einer eigenständigen Westsahara, sprich: einem Referendum in den von Marokko besetzten Gebieten. Dennoch gibt es Fortschritte in der realen Welt. In den letzten Jahren entstanden Internetcafés und ein Mobilfunknetz, das die Lager mit der Welt verbindet. Zwischen den verschiedenen Ansiedlungen wurden Wasserleitungen gelegt und die

Hygiene verbessert, das Versorgungssystem mit Nahrungsmitteln wurde effektiver und in einer kleinen Medikamentenfabrik werden Arzneistoffe produziert sowie weiterverarbeitet. medico übergab an das Gesundheitsministerium finanzielle Mittel, mit denen notwendiges Operationsbesteck und Blutdruckmessgeräte angeschafft wurden. ■

Spendenstichwort: Westsahara

Internationale der Gesundheit

netzwerk: Das People's Health Movement bildet sich

Als „meine Universitäten“ bezeichnete der Schriftsteller Maxim Gorki seine Erfahrungen und Begegnungen mit den Ärmsten der Armen in den Elendsquartieren, Nachtasylen und Schankstuben des zaristischen Russlands der vorigen Jahrhundertwende. Auch die Gesundheitsaktivisten des internationalen Netzwerkes des People's Health Movement wissen genau wovon sie sprechen, wenn sie sich zu ihren „Volksuniversitäten“ zusammenfinden und sich in Vorträgen und Debatten über die Gesundheitsversorgung von Marginalisierten, Umweltfragen und die ausgrenzende Ökonomie der Globalisierung weiterbilden. Die International People's Health University (IPHU) ist quasi eine Agora all jener Ge-

sundheitsaktivisten, die aus ihrer täglichen Praxis in den arm gehaltenen Zonen des Südens wissen, wie es um die gesunde Lebenserwartung der Menschen tatsächlich bestellt ist. In intensiven Gruppenarbeiten wird über die Gesundheitsversorgung in den Megaslums ebenso diskutiert wie über die Rechte von indigenen Gruppen oder die zunehmende Bedeutung von ökologischen Fragen. In diesem Frühjahr trifft man sich in Guatemala, in Kenia und London, später im Jahr kommen noch Sri Lanka und Libanon dazu. Eine solche Universität erfährt natürlich keine Exzellenzförderung, sondern wird durch die Solidarität von Partnern wie medico ermöglicht. ■

Spendenstichwort: Gesundheit

Alternative Gesundheitsarbeit im Paris des Ostens

In Beirut wagen Schwule und Lesben den Schritt hinaus. Neben einer Telefon-Hotline eröffnet der medico-Partner Helem das erste offiziell anerkannte Beratungszentrum zu allen Fragen psychosozialer und sexueller Gesundheit für Lesben, Schwule und Bisexuelle im gesamten arabischen Raum.

Von Andreas Wulf

Das Zicco House an der viel befahrenen Spears Street in der Nähe des Sanayeh Garten, einer der wenigen Parks in der Beirut-Innenstadt, hat ein vielfältiges Innenleben: Eine stadtbekannte Galerie für moderne Kunst und internationale Ausstellungen hat hier ihren Sitz, aber auch die „Lebanese Action for Democratic Elections“, eine Nichtregierungsorganisation, die sich für die Entkonnfessionalisierung des Wahlsystems im Libanon einsetzt. In den Räumen treffen sich aber auch Umweltgruppen und während des Krieges im Jahr 2006, den Israel gegen die Hisbollah führte, war hier das „Lagezentrum“ eines spontanen linksalternativen Bündnisses zur Unterstützung der Flüchtlinge aus dem umkämpften Südlibanon, mit dem auch medico kooperierte. Wie oft im Libanon mit seiner schwachen öffentlichen Infrastruktur ist das Gebäude kein städtisches Kulturzentrum, sondern eine private, alte Stadtvilla. Der Besitzer, jener Zicco, der dem Haus den Namen gegeben hat, machte den zahlreichen Initiativen in seinem Familiensitz Platz. Das Zicco House zählt zu den wenigen erhaltenen histori-

schen Wohnhäusern im vom Bürgerkrieg in den 1980er Jahren zerstörten Zentrum des „Paris des Nahen Ostens“. Gleich nebenan ragen die Bürotürme des „neuen Beirut“ in den Himmel, die mehr von der Gewinnmaximierung der Immobilienfirmen als vom Geschmack ihrer Anteilseigner erzählen. Auf der anderen Straßenseite beeindruckt die wuchtige Zentrale des „Future TV“ der Hariri-Familie, die seit dem Ende des Bürgerkriegs die sunnitische Fraktion des Libanon politisch dominiert.

„Alternative Sexualitäten“

Das Zicco House nimmt sich zwischen all den wuchtigen Betonbauten so sehr zurück, dass man es fast übersieht. Aber am Ende ist genau auch dieser Umstand dem vielleicht prominentesten Gast des Hauses gerade recht: Seit 2005 hat Helem, die „Libanesische Aktion zum Schutz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender“, an diesem Ort ihren Sitz. Verkehrstechnisch gut zu erreichen und auf halber Strecke zwischen der Hamra, der großen Kultur- und Einkaufsmeile



Foto: Reuters

Westbeiruts, und dem Party- und Ausgehviertel Aschrafieh gelegen, berät Helem hier regelmäßig Menschen mit „alternativen Sexualitäten“, wie der von ihnen bevorzugte Ausdruck ist, um vorschnelle Identitätsraster unnötig zu machen, gibt Hilfestellung in persönlichen, psychosozialen und gesundheitlichen Fragen. Die homosexuellen Aktivistinnen von Helem stärken die Ratsuchenden in der Selbstfindung und in der Auseinandersetzung mit Familie, Freunden und einem sozialen Umfeld, in dem die heterosexuelle Familie immer noch die unhinterfragte Per-

spektive jeder nachwachsenden Generation ist. Wie dringlich solche offenen Ohren und unterstützenden Beratungen sind, wird vor allem auch am Erfolg ihrer Telefon-Hotline deutlich, die nicht nur Anrufe aus dem Libanon erhält. Als erste und einzige ihrer Art wurde die Hotline weit darüber hinaus in der arabischen Welt durch ihre Webseite und durch Mund-zu-Mund-Propaganda bekannt.

Gegen Paragraph 534

Auch wenn Helem keine Regenbogenfahne gehisst hat, sie spielen nicht Verstecken. Das Beratungszentrum im hinteren Teil des Hauses ist von einer verglasten Veranda aus zugänglich und damit in hohem Maße transparent. Im Sommer finden die Treffen der Mitglieder der Gruppe im Innenhof statt und die Nachbarschaft hat zu einem entspannten und akzeptierenden

Verhältnis zu den Aktivistinnen gefunden – eine wichtige Voraussetzung in einem Land, in dem religiös-konservative Kräfte regelmäßig versuchen, die Arbeit der Gruppe mit Verweis auf die vermeintliche „Unmoralität“ ihrer Positionen zu behindern. Dieser „Unmoralität“ gilt Helems weiteres Arbeitsfeld: Der Abschaffung des Paragraphen 534 im libanesischen Strafgesetzbuch, der noch immer „widernatürliche Sexualakte“ unter Strafe stellt und primär männliche Homosexualität verfolgt. Zwar sind schon etliche Jahre keine Verurteilungen mehr durch die Ge-

richte erfolgt, die Polizei nutzt aber den Gesetzesartikel noch immer zur Einschüchterung sowie Registrierung der Betroffenen und verhindert erfolgreich die weitere gesellschaftliche Tolerierung einer gleichgeschlechtlichen Lebensweise.

Die Strategie von Helem lässt sich vielleicht am besten als Kombination aus Kooperation und kontrolliertem Konflikt beschreiben: Offensiv nutzen sie die libanesischen Pressefreiheit und Vielfalt der Medien, um ihre Positionen darzustellen und in Bündnissen mit Menschen- und Bürgerrechtsaktivisten für die Liberalisierung der Strafgesetze zu streiten. Zugleich kooperieren sie mit dem Nationalen AIDS-Programm, entwickeln Materialien zur Aufklärung über Geschlechterrollen und -identitäten, über HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten. Wohl nur im Libanon kann es dabei zu der paradoxen Situation kommen, dass Helem nun im März 2010 ganz offiziell ein vom Nationalen AIDS-Programm und dem regionalen Büro der Weltgesundheitsorganisation unterstütztes Gesundheits- und Beratungszentrum für sexuelle Gesundheit eröffnet und zugleich immer noch nicht offiziell vom Innenministerium als legale Nichtregierungsorganisation registriert wurde – der

Projektstichwort:

medico unterstützt die alternative Gesundheitsberatung von Helem nicht nur durch die Beschaffung von im Libanon nur schwer erhältlichen Tests für Geschlechtskrankheiten, sondern wir fördern auch das psychosoziale Beratungszentrum der Initiative, das nur wenige hundert Meter entfernt vom Zicco House liegt. Das Recht auf Differenz braucht unsere praktische Solidarität. Das Stichwort lautet: **Libanon**.



Antrag liegt seit 5 Jahren in der Behörde und wird nicht bearbeitet. So sind sie nicht verboten aber auch nicht in der Lage, ein eigenständiges Konto für die Organisation zu eröffnen. Aber vielleicht ist das wenig überraschend in einem Land, in dem die Heirat zwischen Partnern verschiedener Konfessionen unmöglich ist, aber in Zypern geschlossene Ehen ebensolcher Partner anerkannt werden – der pragmatische Umgang mit der Realität, während die Fassade der Prinzipien aufrecht erhalten werden muss, ist ein gängiges Arrangement im Land der 18 Konfessionen. Das erklärte Ziel von Helem ist, die Risse in dieser Fassade zu vertiefen und den Bedürfnissen und Lebenswünschen der Menschen außerhalb der verordneten Normen Unterstützung und Anerkennung zu geben. ■

Ein Gasthaus in Bamako

Über eine Bildungsreise der etwas anderen Art nach Afrika.

Von Andrea und Florian Weber

Bamako ist die Hauptstadt und wirkt doch dörflich, eingehüllt in eine Wolke aus Abgasen und den Rauch unzähliger Holzkohlefeuer. Überall findet man Abfälle, übelriechende Kloaken, dazu das allgegenwärtige Geknatter und Gehupe uralter Autos und neuer chinesischer Motorräder. Das Leben findet am Straßenrand statt, wo jeder mit irgendetwas zu handeln scheint und man den Eindruck gewinnt, dass es wesentlich mehr Händler als Käufer gibt. Auf jeden Fall sind es viele Menschen, sehr viele Menschen. Um einen herum ist es wirklich lebendig, aber vergleichsweise wenig hektisch, sehr laut, aber nicht aggressiv; ein merkwürdiges Gefühl von Geborgenheit in all dem Gewusel und zwischen all dem Müll. Alles wirkt ziemlich unreal, ohne dass man das unangenehm fände, es würde auch gar nicht zu der Freundlichkeit und Friedlichkeit der Menschen hier passen.

Wir sind gemeinsam mit taz-Reisen und medico in die Zivilgesellschaft gereist und haben Projekte, Initiativen und basisdemokratische Einrichtungen vor Ort besichtigt – das sind unsere Sehenswürdigkeiten. Und nun sind wir bei der „Organisation der Ausgewiesenen Malis“ (Association Malienne des Expulsés – AME): seit 14 Jahren ein Treffpunkt für abgeschobene Migranten. Von Afrikanern für Afrikaner, Inkarnation der medico-Grundidee. Die Mitarbeiter des Radiosenders KAYRA – möglicherweise der einzige wirklich unabhängige Sender im Lande – hatten uns schon voller Begeisterung und solidarischem Stolz von diesem Projekt erzählt: Wie dort Leute aufgenommen werden, die nach langen Jahren der Arbeit in Europa eigentlich erst durch die Abschiebung ihre Wurzeln verlieren, weil sie als „Versager“ von ihren Familien, in ihren Dörfern nicht mehr akzeptiert werden. Die AME kümmert sich

taz-Reisen in die Zivilgesellschaft mit medico international

Viele positive Rückmeldungen haben uns erreicht von TeilnehmerInnen der taz-Reisen, bei denen die Reisenden die Möglichkeit hatten, medico-Projektpartner persönlich kennenzulernen. Geführt werden die kleinen Reisegruppen von AutorInnen der taz, die sich in der jeweiligen Region gut auskennen und damit auch Kontakte haben zu Menschen, die sich in Projekten und Basisinitiativen engagieren. Die Kooperation mit den taz-Reisen setzen wir darum gern fort. In diesem Jahr haben Sie die Möglichkeit, medico-Partner bei Reisen nach Brasilien, El Salvador/Nicaragua und Palästina/Israel zu treffen. Auch zusätzliche Ziele – wie Bangladesch oder Guatemala – überlegen wir bereits für 2011. Wenn Sie an einer solchen Reise interessiert sind, schicken wir Ihnen gern den aktuellen Infolyer per Post. Im Internet finden Sie weitere Infos unter www.taz.de/tazreisen.



Foto: Andrea Weber

Projektstichwort:

Die Hilfe des malischen medico-Partners Association Malienne des Expulsés (AME) für jene Abgeschobenen, die das europäische Migrationsregime nach Bamako ausfliegt, umfasst nicht nur die medizinische Sofort- und Nothilfe für die am Flughafen Gestrandeten, sondern entwickelt auch Angebote für Einkommen schaffende Maßnahmen wie das jüngst eröffnete Restaurant. Die AME bestreitet diese Programme aus Spendenmitteln von medico. Das Stichwort lautet:

Migration.

um die Gestrandeten, sie gibt sonst völlig anonym bleibenden Schicksalen Gesicht und Stimme, sie versucht, diesen Menschen wieder eine Perspektive zu eröffnen. Die Organisation erklärt den Angehörigen, was wirklich passiert, sie macht Öffentlichkeitsarbeit und politischen Druck.

Projekte von Afrikanern für Afrikaner sind anscheinend keine Selbstverständlichkeit. Auch auf dem Weg von Radio KAYRA zur AME kommen wir immer wieder an adretten Schildern vorbei, die mehr oder weniger diskret auf Projekte von *Nichtafrikanern* für Afrikaner hinweisen: von der GTZ über Unicef bis hin zu unzähligen anderen Nichtregierungsorganisationen – das ganze Who is Who der Entwicklungshilfe scheint hier vertreten.

Aufbruch der Papierlosen

In den Räumen der AME prallen europäische Erwartungen von Betroffenheit bei der Verwaltung solcher Schicksale erst mal auf eine Fröhlichkeit und Lebendigkeit, die sozusagen eine strukturierte Variante des pulsierenden Lebens auf der Straße ist. Zur allgemeinen Betriebsam-

keit kommt noch etwas anderes: die offizielle Einweihung des jetzt schon sagenumwobenen Lokals „Hand in Hand“. Nicht zuletzt wegen der begeisterten Erzählungen der Radioteute über die AME kommen wir viel zu spät, trotzdem werden wir freundlich aufgenommen, eine „réunion“ wird organisiert, Getränke werden gebracht. Es wird berichtet, es wird gefragt, Schicksale kommen zu Gehör. Vielleicht öffnet erst die wohlthuende Atmosphäre hier den Blick auf die Verzweiflung hinter diesen Biographien, den man sonst aus Hilflosigkeit oder aus schlechtem Gewissen nicht riskieren würde. Allmählich merkt man selbst als unbedarfter Europäer manchem seine Betroffenheit auch an. Beispielsweise

dem Senegalesen, den Großbritannien gleichsam über Mali abgeworfen, resp. entsorgt hatte und der sich vorläufig aus dem Meer der Hoffnungslosigkeit auf die AME-Insel retten konnte. Wir sind die EU-Luxusreisenden, er der Zwangsrückkehrer im falschen Land. Unsere Versuche bleiben hilflos, angesichts dieser beschämenden Diskrepanz etwas Solidarisches in Worte zu fassen. Eher steigert sich das Gefühl merkwürdiger Benommenheit und Irrrealität – obwohl die Realität doch so knallhart ist? Oder *weil* die Realität so brutal ist?

Mit unseren Gastgeber legen wir ein paar Straßenzüge zu Fuß zurück, um zum neuen Restaurant der AME zu kommen. Es ist eindrucksvoll, wie schnell und wie zwanglos sich die „réunion“ in Einzelgespräche auflöst, einfach so und ganz ohne Programm. Wenn man sich eine leicht idealisierende Betrachtungsweise erlaubt: die Idee des „Hand in Hand“ war schon greifbar, bevor wir das hausfrontbreite Schild über dem nagelneuen, hellen und freundlichen Lokal entdeckten. Die weithin sichtbaren deutlichen Worte im inzwischen nächtlichen, vielsprachigen und rußigen Bamako verstärken das nun schon fast angenehme

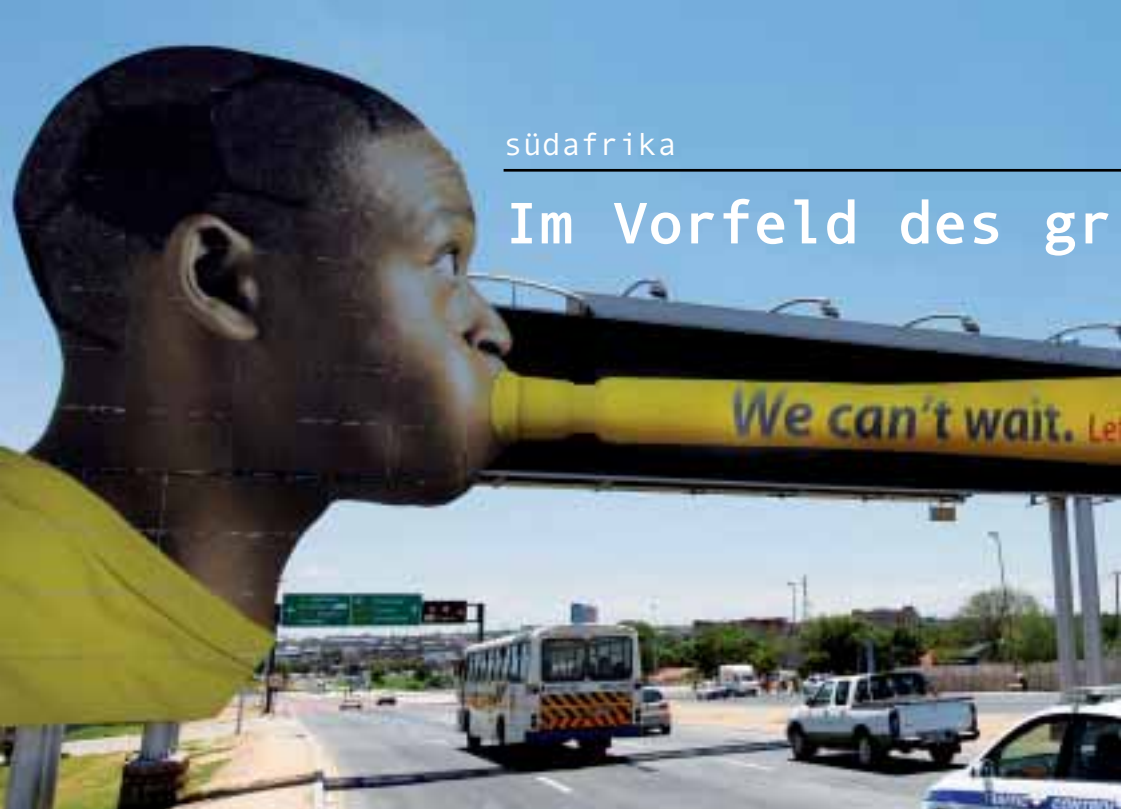
Gefühl einer tranceähnlichen Verwirrung, dazu weithin hörbar Musik zur Feier der Eröffnung, später wird es noch Filmvorführungen unter freiem Himmel geben. Der eigentliche Restaurantbetrieb soll erst in den nächsten Tagen beginnen, was aber der fröhlichen Atmosphäre keinen Abbruch tut. Im Gegenteil: Es öffnet sich eine positive Perspektive, an die diese Menschen vielleicht schon nicht mehr glauben konnten. Viele haben vor ihrer Ausweisung in Europa in der Gastronomie gearbeitet, nun werden sie ihre eigenen Chefs. Wie Mahamadou Keita, der jahrelang als „Papierloser“ in Paris arbeitete und immer von seinem eigenen Lokal träumte, bevor er ausgewiesen wurde: nun ist er Generalsekretär der AME und es gibt ein solches Restaurant, wo sich Betroffene verabreden und austauschen sowie Ausgewiesene etwas Geld verdienen können. Nun gibt es eine Perspektive mehr. ■

Andrea und Florian Weber sind Gründungstifter der stiftung medico international, Andrea ist außerdem Mitglied im Stiftungsvorstand. Beide engagieren sich in der Nürnberger medico-Gruppe.

Stiften heißt Unabhängigkeit sichern

Die stiftung medico international wurde 2004 gegründet, um die Arbeit und Ziele von medico und vor allem auch deren Unabhängigkeit in der Zukunft zu sichern. Förderschwerpunkte der Stiftung sind die Stärkung einer globalen Gesundheitsbewegung, die Entwicklung von psychosozialer Arbeit und die Stärkung der Rechte von Menschen, die Opfer von Folter, Krieg und von Menschen verursachten Katastrophen sind. Mit den Zinsen aus dem auf Dauer angelegtem Stiftungsvermögen fördert die Stiftung jedes Jahr mehrere medico-Projekte. Öffentlich tritt die Stiftung regelmäßig mit ihren Frankfurter Symposien in Erscheinung, die jährlich medico-Themen zur Debatte stellen. Informationen über die bisherige Arbeit der medico-Stiftung, die Satzung oder die Geldanlage-Kriterien finden Sie auf www.stiftung-medico.de.

Wenn Sie sich vorstellen können, Stifterin oder Stifter zu werden, schicken wir Ihnen gern unverbindlich Informationen zu. Wenden Sie sich bitte an: **Gudrun Kortas, Tel. 069/944 38-28, info@stiftung-medico.de**.



südafrika

Im Vorfeld des gr

Warum alte Anti-Apartheid-Kämpfer mit dem FIFA-Präsidenten Sepp Blatter nicht gemeinsam auf die Torwand schießen wollen und Straßenhändler Angst um ihre Umsätze haben. Wenige Monate vor dem Weltcup fand Bernd Eichner am Kap der guten Hoffnung mehr Zweifel als Zuversicht, dass vom großen Fest des Fußballs auch die Ärmsten etwas mitbekommen.

Marcus Solomon wurde 1964 wegen Widerstandes gegen das Apartheidregime auf die berühmte Gefängnisinsel Robben Island verschleppt. Der Film „More than just a game“ dokumentiert den Kampf des heute 70-jährigen Leiters des medico-geförderten Children's Ressource Center in Kapstadt und seiner damaligen Mitgefangenen in der Haft Fußball spielen zu dürfen. Auch Prügel und Nahrungsentzug konnten sie nicht davon abhalten, drei Jahre lang den immer gleichen

Wunsch vorzubringen, um ihre tristen Zellen verlassen zu können. Schlussendlich hatten sie Erfolg. Robben Island bekam eine eigene Gefängnisliga und sogar einen Schiedsrichterverband. Alle Gefangenen sollten die Möglichkeit bekommen, jeden Samstag an den Spielen teilzunehmen. Dass die Partien nach FIFA-Regeln gespielt wurden, passt der FIFA gut in ihr PR-Konzept für die kommende Fußball-WM in Südafrika. „Unsere Liga hatte nichts mit dem gemeinsamen, was die FIFA in Südafrika veranstal-

oßen Spiels



tet, uns ging es um Partizipation, die FIFA hingegen betrachtet Fußball als ihr Eigentum mit dem sie Geld verdienen will“, kritisiert Marcus. Da er sich von der FIFA nicht als Werbeträger vereinnahmen lassen wollte, blieb er der Filmpremiere einfach fern.

Hohe Erwartungen am Kap

Marcus' Urteil über Sepp Blatter fällt dennoch ausgewogen aus. Schließlich ist es dem mächtigsten Mann der Fußballwelt zu verdanken, dass die WM 2010 das erste Mal auf dem afrikanischen Kontinent stattfindet. Damit machte er sich bei vielen europäischen Fußballfunktionären unbeliebt, die nicht daran glauben wollten, dass Südafrika die Organisation der weltgrößten Sportveranstaltung bewältigen kann. In Afrika jedoch brachten ihm

seine Zuversicht und sein Durchsetzungsvermögen enorme Popularität ein. In einer südafrikanischen TV-Talkshow wurde der FIFA-Präsident vom Moderator gar mit den Worten „Sepp, wir lieben dich“ begrüßt, denn die Erwartungen in Südafrika sind hoch: Die WM soll Tourismus und Wirtschaft nachhaltig stärken und die wochenlange Medienaufmerksamkeit bietet die Chance, das Klischee vom chaotischen Afrika zu widerlegen. Schließlich schaffen es afrikanische Länder sonst meist nur mit Krisen, Korruption und Kriegen in die Nachrichten der nördlichen Hemisphäre. „Endlich können wir der Welt zeigen, dass wir keine Bananenrepublik sind“, erzählt mir ein Taxifahrer, der wie viele Südafrikaner auf gute Geschäfte während der WM hofft. Je näher allerdings die WM rückt, desto mehr Träume platzen, vom großen Kuchen etwas abzubekommen, denn nicht nur auf dem Spielfeld bestimmt die FIFA die Regeln. 17 Verpflichtungen zugunsten der FIFA musste das südafrikanische Parlament absegnen, die Befugnisse in den Bereichen Finanzen, geistige Eigentumsrechte, Marketing, Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Transport und Kommunikation umfassen.

Stadien in weißer Umgebung

„Die Regierung macht sich zum Handlanger der FIFA“, äußert sichtlich erregt Eddie Cottle vom internationalen Gewerkschaftsbund Building and Wood Workers. Er zeigt mir die Baustelle des neuen WM-Stadions im schicken Stadtviertel Green Point in Kapstadt. Wenn es nach den Plänen der Provinzregierung gegangen wäre, würden wir jetzt im ärmeren und schwarzen Athlone stehen. Das dortige große Stadion sollte ausge-

Bild unten: Stadionbau, Kapstadt 2009. Bild rechts: Das neugebaute Green Point-Stadium in Kapstadt.

baut werden, um Kosten zu sparen und städtebauliche Ungleichheiten abzumildern. Denn Athlone ist das Tor zu den Townships der Cape Flats, die während der Apartheid systematisch vernachlässigt wurden. Vom Stadionausbau und den begleitenden Infrastrukturmaßnahmen hätte auch die ärmere Bevölkerung profitieren können, doch da spielte die FIFA nicht mit. Ein FIFA-Funktionär habe lapidar verlauten lassen, so der Gewerkschaftler, dass eine Milliarde Fernsehzuschauer keine Hütten und keine Armut sehen wollten. Die südafrikanische Regierung unterwarf sich der FIFA und errichtete in Green Point, nahe dem vornehmen Waterfront-Einkaufszentrum, für 450 Millionen Euro ein neues Stadion.

Darüber haben sich wahrscheinlich die Baukonzerne Murray&Robert und WBHO am meisten gefreut. „Im letzten Jahr konnten beide Firmen dank der WM-Aufträge ihren Gewinn verdoppeln“, rechnet Eddie vor. Daneben sehen 12 % Lohnerhöhung fast etwas mickrig aus. Beachtlich ist aber, dass Eddie und seine Kollegen diese in zwei wilden Streiks erkämpfen konnten, obwohl 70 % der Bauarbeiter über Subunternehmer beschäftigt sind und lediglich befristete 3-Monats-Verträge haben. Die Mehrheit verdient immer noch weniger als 300 Euro im Monat. Immerhin spendiert die FIFA jedem der insgesamt ca. 23.000 Stadion-Bauarbeiter zwei Karten für ein WM-Spiel. Was allerdings über den Verlust des Arbeitsplatzes nach Fertigstellung der Stadien nur kurz hinwegtrösten wird. Qualifizierungsmaßnahmen haben nur die Wenigsten durchlaufen und in einem Land, in dem rund 40 % der Bevölkerung arbeitslos sind, wartet niemand auf sie.



Fotos: Reuters

Bannmeilen für Fanartikel

Auch für die zahlreichen Straßenhändler ist die Party vorbei, bevor es überhaupt richtig losgeht. Traditionell versorgen sie die Fußball-Fans rund um die Stadien mit Getränken, Essen und Fanbedarf, bspw. den Vuvuzela-Tröten. Damit ist jedoch 48 Stunden vor dem Anpfiff Schluss, denn dann gelten von der FIFA reglementierte Bannmeilen. Innerhalb dieser Bannmeilen ist ausschließlich der Verkauf von Produkten der WM-Sponsoren durch lizenzierte Händler erlaubt. Sperrzonen



wird es auch in der Innenstadt rund um die offiziellen Fan-Parks geben. Die genaue Ausdehnung dieser Verbotszonen ist selbst Organisationen wie streetnet, welche die Interessen der Straßenhändler in Durban vertritt, noch unbekannt. „Wahrscheinlich wird die Stadtverwaltung ihre Auflagen erst sehr spät veröffentlichen, um Proteste zu verhindern“, vermutet Gaby Bikombo, der früher selbst sein Geld als Straßenhändler verdiente. Mittlerweile betreibt er einen mobilen Frisörsalon und arbeitet bei streetnet mit. Von der Stadtverwaltung hält er nicht viel. In vorseilendem Gehorsam hat diese bereits strenge kommunale Verordnungen erlassen und versucht, den Straßenhandel auf bestimmte Zonen einzugrenzen. Um dort verkaufen zu dürfen, ist eine Genehmigung kommunaler Behörden notwendig, für deren Beantragung ein Internetzugang und ein gewisser Sinn für Bürokratie erforderlich sind. „Für Straßenhändler ist das eine Überlebensfrage“, betont Gaby. „Sie machen das

schließlich nicht zum Spaß. Sie hoffen auf das ‚große Geschäft‘, um sich aus ihrem Elend zu befreien.“ Viele richten sich deshalb jetzt schon auf die Wünsche der WM-Touristen ein und kaufen Fanartikel auf dem China-Markt. Damit droht ihnen der nächste Ärger, denn viele dieser Merchandise-Artikel verletzen die Markenrechte der FIFA. Selbst den Begriff „2010 Südafrika“ hat sich die FIFA schützen lassen. Ein Werbeplakat, das statt zweier Nullen Fußballer verwendet, wurde bereits untersagt. Jede Anspielung, die auf das Turnier verweist, soll den exklusiven Partnern und Sponsoren vorbehalten sein. Diese Exklusivität lässt sich die FIFA teuer bezahlen.

Gewinne für die FIFA

Sponsorengelder und TV-Rechte der WM 2010 bescheren der Organisation, die in der Schweiz als gemeinnütziger Verein registriert ist, rund 2,3 Milliarden Euro Einnahmen. Für die Ausgaben hingegen

müssen die südafrikanischen Steuerzahler aufkommen. Die gewerkschaftsnahe südafrikanische NGO Labour Research Service (LRS) beziffert die Kosten für die Stadionbauten und die Errichtung damit verbundener Infrastrukturen auf ca. 1,74 Milliarden Euro (ursprünglich geplant waren 230 Millionen Euro). LRS warnt vor leeren öffentlichen Kassen und bis zu zweistelligen Steuererhöhungen; keine einfache Situation für

medico international hat sich mit anderen deutschen Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen, um unter dem Motto „Kick For One World“ für eine gerechte Fußballweltmeisterschaft zu werben. In Kooperation mit Organisationen der Zivilgesellschaft in Südafrika setzen wir uns dafür ein, dass die FIFA-WM 2010 für die Menschen im südlichen Afrika eine Bereicherung wird – sowohl sozial als auch ökonomisch. Durch Veranstaltungen mit dem südafrikanischen Film „Fahrenheit 2010“ möchten wir im Vorfeld der WM Informationen jenseits der Themen Gewalt, Sicherheit oder Tourismus vermitteln und dabei Stimmen aus der Region zu Wort kommen lassen. Zusätzlich unterstützen wir unseren Partner Khulumani in seinem Anliegen, den Hauptsponsor der deutschen Nationalmannschaft und internationalen Konzernriesen Daimler Benz zu bewegen, die Auftragsbücher über die Kooperation mit dem alten Apartheidregime offenzulegen, und die Opfer dieser profitablen Liaison angemessen zu entschädigen. Das Stichwort lautet: **Südafrika**.

Präsident Zuma, der stets verspricht, dass alle Südafrikaner von der WM profitieren werden. Schon jetzt vergeht kaum ein Tag ohne Protestkundgebung gegen die mangelnde Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen.

16 Jahre nach Ende der Apartheid wollen die Menschen aus den Armenvierteln endlich Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sowie fließend Wasser und Strom. Patrick Bond, Professor an der University of KwaZulu-Natal und Leiter des Centre for Civil Society in Durban, rechnet aber nicht mit Behinderungen für auswärtige Fans: „Während der WM wollen alle Südafrikaner perfekte Gastgeber sein und feiern.“ Allerdings befürchtet er, dass die Ausgaben für die WM zu Kürzungen bei den Sozialprogrammen führen werden und die ungleiche Wohlstandsverteilung sich so weiter verfestigt. Der Gewerkschaftsaktivist Eddie drückt es drastischer aus: „Der Sport-Industrielle-Komplex nutzt die WM, um Südafrika auszuplündern.“ Ein Sieger steht für ihn schon vor dem Anpfiff fest: Die Fédération Internationale de Football Association. ■

Streikende Bauarbeiter.



Foto: Reuters

„Offen für direkte Verhandlungen“

Tshepo Madlingozi, Vertreter des Opferverbandes Khulumani Support Group, über die aktuelle Kampagne gegen den Konzern in Südafrika.



Wen vertreten Sie?

Wir repräsentieren 58.000 Menschen, die unter der Apartheid gelitten haben. Viele von ihnen haben durch Polizei- oder Militärgewalt ein Familienmitglied verloren, wurden selbst gefoltert oder vergewaltigt. Wir schrieben deshalb seit 1998 regelmäßig Briefe an die südafrikanische Regierung und an die Unternehmen. Aber es passierte nichts. Da war für uns der Zeitpunkt gekommen, in New York Klage einzureichen. Wir hoffen, dass der Fall so schnell wie möglich gelöst wird. Wir sind offen für direkte Verhandlungen mit dem Unternehmen. Jeden Monat sterben frühere Apartheidopfer, weil sie sich keine angemessene ärztliche Behandlung leisten können.

Inwiefern hat Daimler während der Apartheid die Menschen unterdrückt?

Wir haben Beweise, dass Daimler die Apartheid unterstützt hat. Das Unternehmen hat nach unseren Informationen

sogar direkt mit den südafrikanischen Sicherheitskräften Verträge geschlossen. Es gibt viele Fotos, auf denen Militär- und Polizeifahrzeuge abgebildet sind, die offensichtlich von Daimler stammen.

Der frühere Daimler-Chef Jürgen Schrepp wurde von Nelson Mandela mit einem Orden ausgezeichnet. Wie beurteilen Sie Schrepps Engagement?

Ich finde es gut. Daimler baute während der Regierungszeit von Nelson Mandela eine Schule und ein Krankenhaus. Aber es war Mandela, der Herrn Schrepp um Unterstützung bat. Für einen Menschen, der während der Apartheid einen Verwandten verloren hat, bringt eine Schule oder ein Krankenhaus aber gar nichts. Es geht um eine Entschädigung.

Was passiert, wenn es zu Zahlungen kommt?

Dann gründen wir eine Stiftung. Das Geld soll in Ausbildungsprogramme, Schulen und in die Gesundheitsversorgung investiert werden. Bis dahin werden wir unsere Kampagne fortführen. Vor allem während der Weltmeisterschaft wird es Aktionen geben. Daimler ist der Hauptsponsor der deutschen Nationalmannschaft. Das ist sicherlich gut für den Fußball, jedoch darf das Unternehmen nicht vergessen, was es in der Vergangenheit getan hat.

Lobby-Gespräche in Berlin

Israelisch-palästinensische Delegation informiert deutsche Politiker

Es dauerte Wochen und verlangte unzählige Telefonate, sechs Botschaften waren am Schluss involviert, aber am Ende gelang es: Mahmoud Aburahama, Sprecher der Menschenrechtorganisation Al Mezan, konnte den Gazastreifen verlassen, um zusammen mit der Israeli Miri Weingarten von den Ärzten für Menschenrechte (PHR-I) und der palästinensischen Menschenrechtlerin Maysa Zorob von der Organisation Al Haq aus Ramallah im politischen Berlin Gespräche zu führen. Gemeinsam mit medico besuchten unsere Partner das Kanzleramt, Fraktionen im Bundestag, den Menschenrechtsausschuss, Kirchen, Stiftungen und das Auswärtige Amt. Unsere Anliegen: die Blockade des Gazastreifens, der Druck auf Menschenrechtler innerhalb Israels

und der hiesige Umgang mit dem Goldstone-Report. Die Reaktionen der Gesprächspartner, unabhängig davon ob sie zur Regierung oder Opposition gehören, lassen den Schluss zu, dass es ein merklich zunehmendes Unbehagen gegenüber der aktuellen israelischen Politik gibt. Unsere Partner aus Israel und Palästina forderten, dass sich die deutsche Politik, gerade auch angesichts eines allenfalls virtuellen Friedensprozesses, verstärkt für die Durchsetzung von menschenrechtlichen Mindeststandards im Lebensalltag einsetzen sollte.

Veranstaltungstipp: *Theater of Peace/Friedensschauplätze*. Kunst & Veranstaltungen auch aus Israel und Palästina. Mit Unterstützung von medico, NGBK, Berlin, 1.5. – 13.6.2010. Mehr unter: www.theaterofpeace.org

Globaler Gesundheitsvertrag

In der Diskussion: medico-Vorschlag zur verpflichtenden Finanzierung

Insgesamt 90 Prozent der weltweiten Gesundheitsausgaben entfallen auf die 30 Mitgliedsländer der OECD, in denen gerade mal 20 Prozent der Weltbevölkerung leben. Im subsaharischen Afrika, wo 12 Prozent der Weltbevölkerung leben, liegt der Anteil an den

globalen Gesundheitsausgaben unter einem Prozent. Um allen Menschen auf der Welt den Zugang zu einer Basisgesundheitsfürsorge zu ermöglichen, bräuchte man 50 Milliarden Dollar, exakt die gleiche Summe, die deutsche Banken aktuell aus der Insolvenzmasse der US-amerika-

nischen Pleitebank Lehman Brothers fordern. Seit über einem Jahr denkt medico über verbindliche Formen einer globalen Gesundheitsfinanzierung nach. Der Arbeitstitel dafür lautet „Weltgesundheitsfonds“. Er müsste vertraglich bindend einen Finanzierungsausgleich zwischen armen und reichen Ländern sichern.

Um diese Idee zu vertiefen und politische Handlungsmöglichkeiten auszuloten, traf sich medico im Herbst letzten Jahres mit Vertretern unterschiedlichster nichtstaatlicher und staatlicher Organisationen in Brüssel. Dabei waren u.a. der UNO-nahe „Global Fund to Fight Aids, Tuberculosis and Malaria“ und das Gesundheitsdirektorat Norwegens, aber auch Basisaktivisten, wie z.B. unsere langjährigen Partner vom People's Health Movement. Die Reaktionen dieser so unterschiedlichen Akteure waren ermutigend, denn die Idee fand bei allen ein positives Echo. Es stellte sich zudem heraus, dass wir mit unserer Forderung keinesfalls allein dastehen. Längst existieren weltweit Bestrebungen, sich mit einer globalen Finanzierung von Gesundheit zu beschäftigen. Im Laufe des Frühjahrs wird medico u.a. in Oslo mit internationalen - teilweise auch staatlichen und akademischen - Initiativen die Diskussion weiterführen und über die Möglichkeiten zukünftiger Zusammenarbeit sowie einer gemeinsamen Kampagne für einen solchen Gesundheitsfonds beratschlagen. Ökonomenobelpreisträger Armatya Sen äußerte sich kürzlich so: „Alle sollten sich darauf verständigen können, dass Ungerechtigkeiten wie eine mangelhafte medizinische Versorgung und fehlende Medikamente abgeschafft werden könnten. Dazu muss man sich nicht erst darauf einigen, welches die Beste der möglichen Gesellschaftsformen sein könnte... Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus wurde einst das Ende der Sklaverei gefordert. Genauso müssen wir uns heute fragen, was an unserem System ungerecht ist.“

Katja Rohrer

www.steuer-gegen-armut.org

Nicht nur die Schauspieler Heike Makatsch und Jan Josef Liefers campaignen für eine Globale Finanztransaktionssteuer, auch medico international gehört zu den Erstunterzeichnern. Mit der Einrichtung einer solchen globalen Steuer wäre der Kampf gegen Hunger, Armut und für Gesundheit finanzierbar. Das Video der beiden Schauspieler und die Möglichkeit selbst mitzumachen finden Sie unter: www.steuer-gegen-armut.org

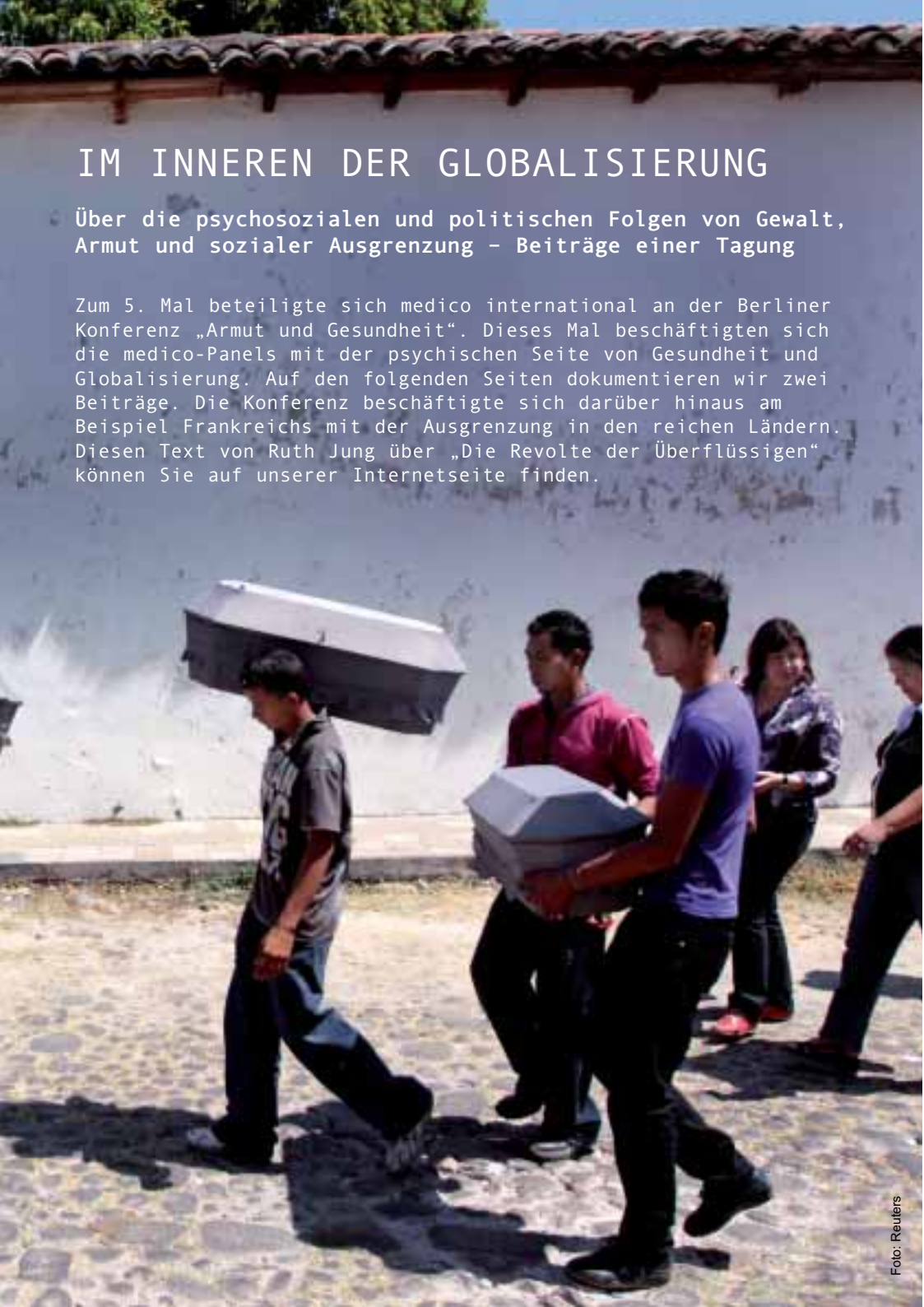


Das Erbe des Bürgerkrieges in El Salvador: Am 5. März 2010 wurden in der Kleinstadt Suchito die exhumierten Überreste der Opfer des Las Penas Massaker begraben. 26 Menschen waren im April 1985 von Spezialeinheiten der Armee ermordet worden.

IM INNEREN DER GLOBALISIERUNG

Über die psychosozialen und politischen Folgen von Gewalt, Armut und sozialer Ausgrenzung – Beiträge einer Tagung

Zum 5. Mal beteiligte sich medico international an der Berliner Konferenz „Armut und Gesundheit“. Dieses Mal beschäftigten sich die medico-Panels mit der psychischen Seite von Gesundheit und Globalisierung. Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir zwei Beiträge. Die Konferenz beschäftigte sich darüber hinaus am Beispiel Frankreichs mit der Ausgrenzung in den reichen Ländern. Diesen Text von Ruth Jung über „Die Revolte der Überflüssigen“ können Sie auf unserer Internetseite finden.



WIE POLITISCH IST SOZIALE GEWALT?

Fragende Überlegungen zu den psychischen Folgen der Globalisierung

Von Usche Merk

Folgende Fragen beschäftigen uns auf dieser Konferenz, aber auch in unserer Arbeit: Was bedeutet es, sich auf Seiten der sogenannten Globalisierungsverlierer wieder zu finden, der strukturellen und direkten Gewalt von aufgezwungener Armut und Survival of the Fittest ausgeliefert zu sein? Wie politisch ist soziale Gewalt? Wo zeigen sich politische Gewalt und ökonomische Herrschaft in Form von alltäglicher Gewalt durch organisierte Kriminalität, Jugendbanden oder Gewalt gegen Frauen? Vor welchen Herausforderungen stehen deshalb Heilungs- und soziale Veränderungsprozesse in diesen Kontexten und wie wird ihnen begegnet?

Ausgangspunkt unserer Fragen und Debatten ist die Beobachtung, dass die Grenzen zwischen politischer und sozialer Gewalt im Zuge neoliberaler Globalisierung – die die Welt in einen Zustand nie gekannter extremer Ungleichheit versetzt hat – verwischen. Der Abstand zwischen den Einkommen der reichsten und der ärmsten Länder lag 1820 noch bei 3:1, 1992 bereits bei 72:1. Seither hat sich dieser Abstand noch einmal verdoppelt. Die Unterschiede bestehen aber nicht nur zwischen den Ländern, auch innerhalb der Länder, sowohl

des globalen Nordens als auch des globalen Südens, gibt es prosperierende Regionen, Zonen und Bevölkerungsgruppen mit riesigen Reichtümern direkt neben solchen, die mit extremer Armut, permanenter Demütigung und sozialer Marginalisierung leben sowie zunehmend vom ökonomischen und politischen Leben völlig ausgeschlossen sind.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat über den Zusammenhang zwischen Armut und psychischer Gesundheit Daten veröffentlicht. Klassische psychische Störungen kommen doppelt so häufig bei Armen vor wie bei Reichen. Menschen die über den geringsten sozio-ökonomischen Status verfügen, haben ein acht mal höheres Risiko, an Schizophrenie zu erkranken. Eine jüngst veröffentlichte Studie zweier britischer Wissenschaftler, die sich ausschließlich mit entwickelten Ländern beschäftigt, belegt, dass sich Ungleichheit auf das Entstehen von Gewalt und die Psyche auswirken. Danach sind in Gesellschaften mit besonders ungleicher Einkommensverteilung die Mordraten zehnmal und die Anzahl der psychisch Kranken dreimal so hoch wie in Gesellschaften mit geringeren Einkommensunterschieden.

Armut und Gewalt finden nicht in

einem historischen Vakuum statt, sondern in Kontexten, die bereits eine Geschichte politischer Gewalt, extremer Unterdrückung und Ausplünderung, aber auch eine Geschichte des Widerstands und der Versuche von sozialen Veränderungen vorweisen. Traumatische Erfahrungen von Vertreibung, Zerstörungen, Demütigung, Hilflosigkeit und Ohnmacht behindern die individuelle wie gesellschaftliche Handlungsfähigkeit.

Seit mehr als 20 Jahren beschäftigt medico die Frage, wie den individuellen, sozialen und politischen Auswirkungen massiver Gewalterfahrung begegnet werden kann, wie Gewaltüberlebende ihre Würde und Handlungsfähigkeit zurückgewinnen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können. Es begann mit der Arbeit mit aus der Haft entlassenen Folteropfern in Chile, mit den Versuchen engagierter chilenischer Therapeuten, den Folter-

überlebenden psychosoziale Hilfe zukommen zu lassen. Schon bald wurde klar, dass es zentral ist, die Betroffenen nicht zu pathologisieren, sie nicht als krank zu betrachten, auch wenn die Folter massive gesundheitliche Störungen zur Folge hatte. Krank ist die Folter, die Störungen sind eine normale menschliche Reaktion auf nicht normale unmenschliche Erfahrungen. Damit wehrten sie sich gegen eine Privatisierung der Folgen traumatischer Erfahrung, die allein den Betroffenen aufgebürdet wird. Für sie war die Anerkennung des unermesslichen Leids und die Entprivatisierung der traumatischen Folgen eine Voraussetzung, um wirkliche Hilfe anbieten zu können.

medico unterstützte sie und begann seither eine Auseinandersetzung mit psychosozialer Arbeit, die immer beides im Blick hat: die Entprivatisierung traumatischer Erfahrungen und den Respekt vor dem konkreten Leid der Betroffenen, denen Hilfe gebührt.

Wir mischten uns ein in die Debatte um die psychiatrische Diagnose der posttraumatischen Belastungsstörungen, die genau diesen Zusammenhang ausblendet und wir wiesen darauf hin, dass in den meisten Ländern des Südens auch nach dem Ende von Diktaturen von einer posttraumatischen Situation nicht die Rede sein kann.

Neoliberale Ausschlussprozesse gehen einher mit einer Privatisierung von Gewalt, die Macht- und Herrschaftsinteressen unsichtbar macht. Organisierte Kriminalität, territoriale Kontrolle durch lokale Warlords und Gangs, private Sicherheitsdienste, der Rückzug von staatlich garantierter Verantwortung sowie Rechtssicherheit haben recht- und straflose Räume geschaffen, wo nur die

Projektstichwort:

Seit Mitte der 1980er-Jahre unterstützt medico Projekte im Bereich der psychosozialen Gesundheit. Heute reicht diese Arbeit von psychotherapeutischer Betreuung kriegstraumatisierter Frauen in Afghanistan, über die Unterstützung der israelischen Organisation Zochrot, die sich mit der Erinnerungskultur und den Rückwirkungen der palästinensischen Vertreibung in die israelische Gesellschaft beschäftigt, bis zur Förderung psychosozialer Gemeinwesenarbeit mit ehemaligen Saisonarbeitern und deren Familien in Nicaragua, die der extremen Armut entkommen wollen. Ausführliche Informationen über die unterschiedlichen Aktivitäten auf diesem Gebiet finden Sie unter: www.medico.de. Gern schicken wir Ihnen Informationen dazu auch per Post zu. Spenden werden erbeten unter dem Stichwort: **Psychosozial**.



Foto: medico

Macht des Stärkeren zählt, das ökonomische Prinzip des Survival of the Fittest. Zur dieser Privatisierung von Gewalt gehört eine Enthistorisierung. Die Gewalt erscheint naturwüchsig, barbarisch, sinnlos, die Täter als böse geschichtslose Monster ohne rationale Ziele, während die Verantwortlichen unsichtbar bleiben und obendrein Menschenrechtsdiskurse führen. Mit unserer Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit versuchen wir seit vielen Jahren auf solche Dynamiken aufmerksam zu machen, wenn es um die Rohstoffkriege in Sierra Leone, Kongo oder anderswo geht, genauso wie bei den Debatten über städtische Gewalt, ausgeübt vor allem von Jugendlichen zum Beispiel in Brasilien, Guatemala oder Südafrika.

Doch wie können, neben der Kritik, Solidarität und psychosoziale Hilfe aussehen? Zwei Beispiele aus der medico-Praxis: Mittelamerika und südliches Afrika. In Nicaragua hat medico sich bereits in den 1980er Jahren zum ersten

Mal mit gemeindeorientierten Ansätzen der psychosozialen Arbeit auseinandergesetzt, mit dem Versuch einer Umgestaltung und Demokratisierung der psychosozialen Versorgung. Das setzen wir heute fort mit einem großangelegten Programm psychosozialer Selbstreflexion und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern basisorientierter Gruppen der Zivilgesellschaft, die sich mit den Auswirkungen von Armut und Trauma auf die Möglichkeiten sozialer Veränderung auseinandersetzen. Auch in Südafrika ging und geht es um gemeindeorientierte Ansätze von Empowerment (alt: Selbstermächtigung) und Partizipation (alt: Beteiligung), um vielfältige systemische Selbsthilfeansätze, aber auch um die Schaffung von öffentlichen Räumen und Diskursen, um psychosoziale Dynamiken zu verstehen, um Dialoge und Vernetzungen zu ermöglichen, die Sinnzusammenhänge herstellen. Das findet sich in der von medico unterstützten Arbeit der

Selbsthilfe-Gruppe der Apartheid-Opfer Khulumani genauso wieder wie in der gemeinwesenorientierten Arbeit von Sinani in KwaZulu Natal, die wegweisend in

der Konfliktbewältigung ist und neue Wege in der Gewaltprävention mit jungen Männern geht. ■

dokumentation

TÄTER, OPFER ODER BEIDES ?

Geschichte und Gegenwart der Gewalt in El Salvador

Von Maja Hess

Owohl in El Salvador ein 10-jähriger blutiger Bürgerkrieg zwischen der rechtsextremen ARENA-Partei und der linksgerichteten Guerillaorganisation FMLN 1992 mit den Friedensabkommen von Chapultepec zu Ende ging, sind die Toten, die auf El Salvadors Straßen und Gassen, in Häusern oder Abfallhalden auftauchen, nicht weniger geworden. Im Gegenteil ihre Zahl nimmt stetig zu. 2009 wurden in den ersten fünf Monaten 1.785 Menschen ermordet. Das sind 13 Morde pro Tag. Davon sind hunderte Frauen, Mädchen, Kleinkinder. Die Frauenorganisation Las Melidas spricht von einem „Femicid“, das heißt von gezielten Mordserien an Frauen. Die Morde werden den Maras, den Jugendbanden, in die Schuhe geschoben und die staatliche Antwort auf die zunehmende Gewalt ist Repression.

Bereits Jahre vor Ausbruch des Bürgerkrieges herrschte in El Salvador ein Klima von Angst und Gewalt. Wer sich der diktatorischen Macht und der Ausbeutung widersetzte, wer soziale Missstände anprangerte und sich organisier-

te, wurde systematisch bedroht, eingeschüchtert, verfolgt und nicht selten umgebracht. Dieser Terror war nicht nur eine Botschaft an die Betroffenen, sondern immer auch eine Drohung an die ganze Bevölkerung, die besagte: Wenn du aufmuckst, wird dir das Gleiche geschehen. Das gräbt sich in das Bewusstsein aller ein.

Der rechtsextreme Staatsapparat hatte schon vor dem Krieg unzählige paramilitärische Organisationen geschaffen, wie die Todesschwadronen, gegründet von dem ehemaligen Diktator Roberto d'Aubisson, die Patrulleros, Elitebataillons wie das berüchtigte Atlacatl, Geheimpolizei, geheime Kerker, Folterstätten etc. Mit diesem Erbe ging der Krieg zu Ende.

Nach dem Krieg hat die sog. ad-hoc-Kommission die Struktur der Todesschwadronen aufgedeckt und in der Folge aufgelöst. Viele der paramilitärischen Strukturen bestehen aber weiter. Mit der Generalamnestie wurde die „Impunidad“, die Straflosigkeit, für die Akteure besiegelt. Viele der ehemaligen Killer und Fol-

terer schlossen sich Drogenringen und anderen kriminellen Banden an, sie fanden vorerst Unterschlupf in der nach dem Krieg gegründeten Policía Nacional Civil und später in den unzähligen privaten Sicherheitsunternehmen, die wie Pilze aus dem Boden schießen.

Woher kommen die Maras?

Eine der berühmtesten Jugendbanden, die Mara Salvatrucha, sei von Salvadorianern in Mexiko aufgebaut worden, um ihren Landsleuten den „Paso al Norte“, das „Durchschlüpfen“ von Mexiko in die USA zu erleichtern, heißt es. Das Wort „Mara“ ist dabei ein positiv besetzter Be-

griff, die auf ihrer Reise gegen mexikanische Übergriffe verteidigt werden sollten. Über solche Schutzaufträge finanziert sich die Mara. Ein wichtiger, aber nicht der einzige Schauplatz der Entwicklung der Bandenaktivität scheint dabei das US-amerikanische Los Angeles zu sein.

Die andere bedeutende Bande nennt sich bezeichnenderweise Pandilla 18. „Pandilla“ ist der mexikanische Begriff für das Wort „Mara“. „18“ bezieht sich auf das 18. Stadtviertel von Los Angeles und dessen Schutzheilige, die Virgen de Guadalupe.

Zwischen den verschiedenen Banden herrscht Krieg, ein von Machismo geprägter Territorialkrieg. Das Viertel, die Straße, die Bande wird mit dem eigenen Leben verteidigt. „Por mi madre nací, por mi barrio voy a morir...“ (Für meine Mutter wurde ich geboren, für meinen Stadtteil werde ich sterben), sagt ein Sprichwort der Maras. Die Bande bietet ihren Mitgliedern eine Identität, das Tattoo – ein Label – eine geheime Zeichensprache – schafft Vertrauen und miment, Initiationsri-



Foto: Reuters

griff und bedeutet: meine Kumpel, meine Szene. Ebenso verweist der Begriff Salvatrucha auf die Herkunft der Migran-

ten und andere Rituale binden die Angst und heben die Bereitschaft, für die Bande zu sterben.

In Los Angeles herrscht Krieg zwischen den Banden und wem Straftaten nachgewiesen werden, der wird nach Verbüßung der Haft aus den USA ausgewiesen. Täglich landen Flugzeuge voller deportierter Salvadorianer in San Salvador und nicht wenige davon sind in den USA brutalisiert worden, haben erst dort richtig gelernt, was Bandenkriminalität ist. Dank der Rückkehrenden haben die Maras in El Salvador großen Zulauf. Die Mitglieder sind jung, haben eine hohe Bereitschaft und Kapazität sich zu organisieren, vernetzen sich über ganz Zentralamerika, formieren eine Gesellschaft in der Gesellschaft und fordern die Gesellschaft heraus.

Woher kommt die Gewalt?

Die Gewalt haben die Banden-Kids nicht allein in Los Angeles gelernt. Vor 9 Jahren zählte man in El Salvador etwa 500.000 Jugendliche ohne Ausbildung, ohne Job und ohne Perspektive. Geboren und groß geworden in marginalisierten Vierteln haben sie die strukturelle wie auch die sog. innerfamiliäre Gewalt fast schon mit der Muttermilch aufgesogen, falls sie solche überhaupt je bekamen. Sie sind geprägt von engen und ärmlichen Wohnverhältnissen, ohne Intimität und Privatsphäre und von einer entwertenden und gewalttätigen Kommunikation. Ein Großteil verfügt über keinen oder einen dysfunktionalen Kontakt mit einer Vaterfigur. Hunger und Verwahrlosung sind Alltag.

Gleichzeitig wird die Migration in Richtung Norden zunehmend schwieriger und gefährlicher. Hunderte von MigrantenInnen werden auf ihrem Weg durch Mexiko entführt und ihre Angehörigen in den USA um hohe Lösegeldsummen erpresst, ein Riesengeschäft. Wer hinge-

gen in einer Mara mitmacht, findet dort Identität, Schutz vor Übergriffen und eine Art von Perspektive.

Maras gab es in El Salvador allerdings auch schon vor dem Kriegsende. Bereits 1989, während der so genannten Schlussoffensive der FMLN in San Salvador, haben sich Maramitglieder in die Offensive integriert und ihre nicht gerade sehr funktionsfähigen „Pistolitos“ aus den Verstecken gezogen. Sie haben Schützengräben ausgehoben und Kurierdienste geleistet. Viele von ihnen konnten sich vorerst gut mit dem Kampf der Guerilla identifizieren, die meisten hauten aber nach zwei Wochen wieder ab. Die Maras hatten seit jeher auch etwas sozial Rebellisches und sie ließen sich mobilisieren. In Los Angeles nahmen sie etwa an den Rodney King Riots teil, nachdem, ob der brutalen Polizeigewalt gegen den jungen Afroamerikaner Rodney King, Straßenschlachten ausbrachen und Kaufhäuser geplündert wurden. Neben den begehrten Sportschuhen ließen sie dabei notwendige Überlebensartikel für die Familie, Lebensmittel oder Windeln für die Kleinen mitgehen. Dies ist ein Grund, weshalb die Maras in den Elendsvierteln San Salvadors von der lokalen Bevölkerung geschützt werden. Sie bewegen sich dort wie Fische im Wasser, denn sie sind nicht nur brutal, sondern versorgen viele Familien mit Lebensmitteln, Kleidern und anderen überlebensnotwendigen Dingen. Neben dem informellen Sektor ist die Mitgliedschaft in einer Mara, eine der raren Möglichkeiten für junge Männer ein Einkommen zu erwirtschaften.

Stigmatisierung der jungen Männer

Untersuchungen zweier anerkannter Menschenrechtsorganisationen in San

Salvador – „Tutela legal“ und FESPAD – haben ergeben, dass in den 1990er Jahren nur etwa 30 % der Morde auf das Konto der Maras gingen. Für die übrigen 70% waren außer der „üblichen“ Kriminalität Todesschwadronen, ehemalige Mitglieder des Elitebataillons Atlacatl und die Polizei verantwortlich. Opfer gezielter Folterung und Ermordung wurden linke AktivistInnen und Persönlichkeiten, aber ebenso Mitglieder der Maras. Mehr als die Hälfte aller Morde sind Teil gezielter staatlicher Repression und kommen einer eigentlichen sozialen Säuberung gleich.

Dennoch antwortete der Staat unter der Führung von Flores und später von Saca mit dem Konzept der „Mano dura“, der harten Hand. Wer jung war, wurde verdächtig. Wer ein Tattoo trug, gehörte zu den Mara. Ein paar Jugendliche, die zusammenstanden, bildeten eine Bande.

Alle wanderten ins Gefängnis, wurden dort eingesperrt und gefoltert. Hätten sie wirklich Waffen getragen, hätten sie sich womöglich verteidigen können. Tausende junger Männer wurden so auf grausame Art stigmatisiert. Selbst Richter brüskierte ein solches Vorgehen und sie wehrten sich dagegen, junge Menschen allein wegen ein paar Tattoos für Jahre ins Gefängnis zu schicken. Derweil wurden eine Verschärfung des Waffengesetzes oder striktere Waffenkontrollen vom Staat strikt abgelehnt, denn der Waffenhandel lag in den Händen von Avila, dem Präsidentschaftskandidaten 2009 für die rechtsextreme Partei ARENA. Die Regierungskreise hatten kein wirkliches Interesse an einer Verbesserung der Sicherheitslage. Die Verunsicherung der Mittel- und Oberschicht ist sehr profitabel, besitzt doch Avila das größte Sicherheitsunternehmen des Landes.



Sind die Akteure Täter, Opfer oder beides?

Die Situation ist nicht ganz einfach zu verstehen. Nach einer Analyse der Frau-
enorganisation „Las Melidas“ über die ge-
zielten Ermordungen von Frauen und
Mädchen werden viele Verbrechen vor-
schnell den Bandenmitgliedern in die
Schuhe geschoben. Viele Morde an
Frauen wurden nicht von Maras began-
gen, einige hingegen schon. Erschre-
ckend ist insgesamt das Ausmaß an
Straflosigkeit. Bei Polizei und Justiz
scheint niemand Interesse an der Aufklä-
rung der Morde zu haben. Nur in 10 %
der Fälle wurde ein Täter identifiziert. Da-
bei bleibt oft unklar, ob die Angeklagten
auch wirklich die Täter sind. Der grosse
Rest der unaufgedeckten Fälle spricht
eine klare Sprache – für die Täter wie
auch für die Angehörigen der Opfer.

Die Entstehung und Stärkung der
Maras birgt große gesellschaftliche Ge-
fahren. Als nicht legitime Gewaltinsti-
tutionen sind sie oft mit staatlichen Struk-
turen vernetzt und beteiligen sich im gro-
ßen Stil am Drogen- und Waffenhandel.
Auf machistische Art verteidigen sie ihr
Territorium und töten, wer diese Grenze
übertritt. Auf den Märkten und in den ar-
men Stadtvierteln treiben sie Schutzgel-
der ein und finanzieren damit ihre Kumpel
im Gefängnis sowie ihre Familien.
Gleichzeitig sind sie Opfer brutaler Re-
pression, von Folter und Mord sowie von
einer eigentlichen sozialen Säuberung.
Insgesamt dienen sie als Vorwand für ei-
ne zunehmende Militarisierung der Ge-
sellschaft, wobei unklar bleibt, wer die
Kontrolle über die staatlichen Zwangs-
mittel behält.

Die Gewalt hat verschiedene Ge-
sichter. Sie wird von kriminellen Banden,

ehemaligen Killern, Folterern und mafiö-
sen Strukturen ausgeübt, in die auch die
Nationalistische Allianz (ARENA) verwik-
kelt ist. Auch Polizei und Armee tragen
zur Gewalteskalation bei, nicht nur die
Maras. Die Gewalt ist strukturell veran-
kert und eine Folge des Ausschlusses
einer grossen Gesellschaftsgruppe von
jeder sozialen und ökonomischen Pers-
pektive und Partizipation. Diese Form
von Gewalt frisst sich in die Seele der
Menschen ein wie eine ätzende Säure
und erhöht die Gewaltbereitschaft im
Überlebenskampf, v.a. bei den Männern.

Überleben in der Peripherie

Für eine Veränderung braucht es womög-
lich vor allem eine klare Perspektive mit
sozialen und ökonomischen Entwick-
lungsmöglichkeiten. Diese müssen er-
kämpft werden, dazu braucht es tragende
soziale Netze, klare Visionen und eine
reale Hoffnung auf soziale Veränderun-
gen. Diesem Weg dienen auch die psy-
chosozialen Projekte, die von medico
international Deutschland und Schweiz
unterstützt werden.

Es braucht eine neue Moral. Eine
neue Form sozialer Verbindlichkeit, eine
andere als die, welche in den Maras
herrscht. Es braucht klare Grenzen, Ta-
bus und neue Rituale. Die FMLN nannte
dies: „La Mística Revolucionaria“ – die
revolutionäre Mystik. Wir könnten es
heute vielleicht Aufbruch nennen, eine
neue Vision und Hoffnung. Schließlich
braucht es auch eine gewisse Repres-
sion, um der massiven Gewalt Grenzen
zu setzen. Aber es braucht keine Militari-
sierung der Armutszonen. ■

Maja Hess ist Oberärztin und Präsidentin von
medico international Schweiz

Liebe Leserinnen und Leser,

wir können Ihnen hier nur eine Auswahl unserer jüngsten Veröffentlichungen und Materialien zu aktuellen Kampagnen (u.a. Filme, CD-ROMs, Unterschriftenlisten) präsentieren, eine Gesamtübersicht können Sie bei uns anfordern oder finden Sie auf www.medico.de. Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Bildungsarbeit, zum Auslegen im Laden nebenan. Übrigens: Unsere Materialien schicken wir Ihnen kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen unter der Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung.

medico im Überblick



Jahresbericht 2008

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



Hilfe im Handgemenge

(Faltpapier) Solidarität heißt Partnerschaft: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Mali, Guatemala, Israel & Palästina, Bangladesch. Auch zum Weiterverteilen.

Materialien zu medico-Kampagnen



Die Saat des Krieges

Landminen: Kampagne & Projekte

(8 S., Zeitung) Mit Texten zu Streumunition und vielen Aktionsangeboten zum 10-jährigen Jubiläum der Verleihung des Friedensnobelpreises.



Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit (Plakat, DIN A1)

Neue medico-Plakate im Praxistest: für Gesundheitszentren, beim Arzt ihres Vertrauens oder an anderen öffentlichen wie privaten Orten.

Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: **Gesundheit**.

Aus den Projekten



Hilfe im Zeichen paradoxer Hoffnung

(Faltpapier) Das Engagement von medico international in Israel und Palästina.

Nummer 03 | 09:

Sonderheft zu Problemen der Weltgesundheit: Gesundheit als soziale Frage, in ihren psychosozialen Dimensionen, Gesundheitsbewegung & Globale Netzwerke.

Nummer 04 | 09:

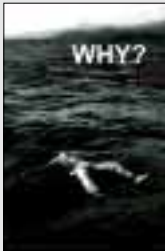
Georg Schramm / Navid Kermani / Charlotte Wiedemann / Michael Obert / Interview mit Paco Ignacio Taibo II / Berichte und Reportagen aus Bangladesch, Guatemala, Nicaragua und Israel

medico-Position



Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung

(24 S.) Positionspapier von Pro Asyl und medico international zu Ursachen von Migration und Flucht, Kritik an der EU-Migrationspolitik sowie Forderungen für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik.



WHY? – Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas (Plakat, DIN A1)

Das Plakat WHY? können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: **Migration.**

medico-report



medico-report 27 Patienten, Patente und Profite
Globale Gesundheit und geistiges Eigentum

(152 S.) Internationale Experten hinterfragen das bestehende weltweite Patentsystem und präsentieren innovative Ideen für eine alternative Medikamentenpolitik,

die Menschenleben rettet und Kranken den Zugang zu einer elementaren Versorgung sichert. 12 €.

Ich bestelle:

- Jahresbericht 2008
- Broschüre: stiftung medico international
- Faltblatt: Hilfe im Handgemeinge
- Zeitung: Die Saat des Krieges
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Sri Lanka
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Afghanistan
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Simbabwe
- Faltblatt: Hilfe im Zeichen paradoxer Hoffnung
- medico rundschreiben 03 | 09
- medico rundschreiben 04 | 09
- Broschüre: Migration und Flüchtlingsschutz
- DIN A1-Plakat: WHY?
- medico-report 27 – 12 €

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Meine Spendernummer: _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versand) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:

(069) 43 60 02



Spendeninformation

Adressänderung

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsfornulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die re-

gelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

impressum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 43 60 02

E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

Redaktion:
Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp

Korrektorat:
Marek Arlt

Gestaltung:
Andrea Schuldt

Hinweis: Interview Seite 35 mit freundlicher Genehmigung von FAZ.Net

Rückseite: Formen des Erinnerns: Nur noch die Eingangstür steht bei einem zerstörten Haus in Port-au-Prince. Foto: medico



5. Symposium der stiftung medico international

Haiti, Afghanistan, Sri Lanka

Welche Hilfe für wessen Sicherheit: Zwangsverwaltung versus eigenständige Alternativen.

→ 2003 zog medico auf einer Konferenz in Frankfurt eine erste Bilanz zu „Macht und Ohnmacht der Hilfe“. Die Krisen der Globalisierung waren damals schon sichtbar. Und deutlich war auch, dass Entwicklungsbemühungen mehr und mehr in den Sog globaler Sicherheitspolitik geraten würden. Wie unter solchen Umständen der Raum für selbstbestimmte Veränderungen, für „Inseln der Vernunft“ zu verteidigen sei, das beschäftigte uns damals ...

... und nun erneut. Mit Blick auf die skandalösen Verhältnisse im heutigen Sri Lanka, vor dem Ende der „zivil-militärischen Kooperation“ in Afghanistan und unter dem Eindruck von Soldaten als Katastrophenhelfer auf Haiti fragt das Stiftungssymposium noch einmal nach den Chancen eigenständiger Alternativen zu den immer klarer zu Tage tretenden Formen von außen aufgesetzter „internationaler Zwangsverwaltung“. Bleiben noch Zeichen paradoxer Hoffnung?

Wann: 21 Mai 2010, 11.00 - 17.00 Uhr

Wo: Frankfurt am Main, Bürgerhaus Gutleutviertel, Rottweiler Str. 32

Nähere Informationen über Referenten etc., Anmeldeformalitäten etc. demnächst auf www.medico.de

An der Grenze, wo die Dominikanische Republik aufhört und Haiti anfängt, steht ein großes Schild mit einer Warnung: DER BÖSE ÜBERGANG. Auf der anderen Seite ist die schwarze Hölle. Blut und Hunger, Misere, Seuchen. In dieser so gefürchteten Hölle sind alle Bildhauer. Die Haitianer haben die Gewohnheit, auf Müllhalden Konservendosen und Alteisen einzusammeln. Mit althergebrachter Meisterschaft schneiden und hämmern sie und schaffen wunderbare Dinge, die auf den Volksmärkten feilgeboten werden. Haiti ist ein Land, das auf die Müllhalde geworfen wurde, als ewige Strafe für seine Würde. Da liegt, als wäre es Schrott. Es wartet auf die Hände seiner Menschen.

(Der weiße Fluch, Eduardo Galeano)

